Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/1991

12. 07. 78

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Versammlung der Westeuropäischen Union

über den ersten Teil der 24. ordentlichen Sitzungsperiode der Versammlung der Westeuropäischen Union vom 19. bis 22. Juni 1978

Während der Juni-Tagung erörterte die Versammlung der Westeuropäischen Union Berichte, behandelte die üblichen geschäftsordnungsmäßigen Vorgänge und verabschiedete Beschlüsse, die sich mit folgenden Themen befaßten:

— **Politische Fragen** (China und die europäische Sicherheit; Internationaler Terrorismus; Europäische Sicherheit und Probleme in Afrika)

Hierzu sprachen die Abg. Frau von Bothmer (S. 15; 19; 26; 27), Dr. Mende (S. 12), Dr. Geßner (S. 13); Mattick (S. 14), Dr. Schwencke (S. 15), Dr. Müller (S. 16; 18; 19; 20; 24), Pawelczyk (S. 23), Handlos (S. 26), Reddemann (S. 29)

Beschlüsse der Versammlung

Empfehlung 314 betr. den internationalen Terrorismus (S. 19)

Empfehlung 315 betr. China und die europäische Sicherheit (S. 27)

Empfehlung 318 betr. die europäische Sicherheit und Probleme in Afrika (S. 29)

— **Bericht des Rates** der Westeuropäischen Union (23. Jahresbericht des Rates für die Versammlung; die politische Tätigkeit des Rates und die Zukunft der Versammlung der

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (0 22 21) 36 35 51

WEU — Antwort auf den 23. Jahresbericht des Rates; Anwendung des Brüsseler Vertrages — Antwort auf den 23. Jahresbericht des Rates; Wissenschafts-, Technologie- und Raumfahrtfragen — Antwort auf den 23. Jahresbericht des Rates)

Hierzu sprachen die Abg. Dr. Müller (S. 7), Frau von Bothmer (S. 7)

Beschlüsse der Versammlung

Empfehlung 319 betr. die Politische Tätigkeit des Rates — Antwort auf den 23. Jahresbericht des Rates

Richtlinie 48 betr. die Ernennung von Mitgliedern der Versammlung der WEU

Empfehlung 320 betr. die Anwendung des Brüsseler Vertrages — Antwort auf den 23. Jahresbericht des Rates (S. 30)

Empfehlung 321 betr. Wissenschafts-, Technologie- und Raumfahrtfragen — Antwort auf den 23. Jahresbericht des Rates

— **Verteidigungsfragen** (Die strategische Mobilität; die Sicherheit im Mittelmeerraum)

Hierzu sprachen die Abg. Dr. Geßner (S. 7), Mattick (S. 8), Dr. Mende (S. 8; 11), Handlos (S. 9), Dr. Müller (S. 10)

Beschlüsse der Versammlung

Empfehlung 312 betr. die strategische Mobilität

Empfehlung 313 betr. die Sicherheit im Mittelmeerraum (s. S. 11)

— **Wissenschaft und Technologie** (Zusammenarbeit und Wettbewerb zwischen den Vereinigten Staaten und Europa auf dem Gebiet der fortgeschrittenen Technologie; Anwendungssatelliten)

Hierzu sprach Abg. Ueberhorst (S. 27)

Beschlüsse der Versammlung

Empfehlung 316 betr. Zusammenarbeit und Wettbewerb zwischen den Vereinigten Staaten und Europa auf dem Gebiet der fortgeschrittenen Technologie

Empfehlung 317 betr. Anwendungssatelliten (s. S. 28)

— **Beziehungen zu den Parlamenten** (Informationsbericht des Ausschusses für die Beziehungen zu den Parlamenten)

Dieser Ausschuß hat die Empfehlungen 313 betr. die Sicherheit im Mittelmeerraum (s. S. 11), 314 betr. den internationalen Terrorismus (s. S. 19) und 318 betr. die europäische Sicherheit und Probleme in Afrika (s. S. 29) ausgewählt, die offiziell vom Präsidenten der Versammlung an die nationalen Parlamente weitergeleitet wurden.

Die Reden der deutschen Abgeordneten sind nachstehend im Wortlaut abgedruckt.

Abg. Kai-Uwe von Hassel (CDU/CSU) wurde zum Präsidenten der Versammlung wiedergewählt. Erneut gewählt wurden Abg. Frau von Bothmer (SPD) zur Vorsitzenden des Politischen Ausschusses, Abg. Alber (CDU/CSU) zum Vorsitzenden des Haushaltsausschusses und Abg. Lenzer (CDU/CSU) zum Stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Wissenschaft, Technologie und Raumfahrt.

Den 23. Jahresbericht des Rates erstattete dessen amtierender Vorsitzender, der italienische Außenminister Arnaldo Forlani.

Zur Versammlung sprachen der amtierende Ratsvorsitzende der WEU, Außenminister Arnaldo Forlani (Italien), der französische Staatssekretär im Außenministerium, Olivier Stirn, der Präsident der Versammlung der Westeuropäischen Union, Kai-Uwe von Hassel (s. S. 4) und der britische Verteidigungsminister Frederick Mulley.

Als Beobachter nahmen an den Verhandlungen teil: Abg. Nielsen und Schluter (Dänemark), Vyzas und Veryvakis (Griechenland), Helland und Tungesvik (Norwegen), Zunzunegui (Spanien), Mülayim und Momdalinci (Türkei).

Bonn, den 27. Juni 1978

Kai-Uwe von Hassel	**Dr. Manfred-Achim Geßner**
Stellvertretender Sprecher	Sprecher

Montag, 19. Juni 1978

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des neugewählten Präsidenten der Versammlung, Kai-Uwe von Hassel

(Übersetzung aus dem Englischen)

Zunächst möchte ich Ihnen für das Vertrauen danken, das Sie mir durch die Wahl zum Präsidenten dieser Versammlung erwiesen haben. Ich hoffe, ich werde dieses Vertrauen bei meiner Amtsführung rechtfertigen können.

Zweitens möchte ich Sir John Rodgers danken, der als Alterspräsident den ersten Teil der 24. Sitzungsperiode eröffnet hat. Ich danke ihm für seine Worte und die Übernahme des Vorsitzes. *(Weiter in deutscher Sprache:)*

Meine Damen und Herren, zuallererst möchte ich dem italienischen Außenminister, Herrn Forlani, unsere Gefühle der Sympathie aussprechen, die wir empfunden haben, als wir von der feigen Ermordung Aldo Moros hörten. Ich möchte daran anschließen, daß unsere Versammlung es sich zur Aufgabe gemacht hat, ihren Beitrag zum Kampf gegen den Terrorismus zu leisten, indem sie einen Bericht über dieses Thema auf ihre Tagesordnung setzte.

Der Empfehlungsentwurf, der uns vorgelegt wurde, hat zum Ziele, den Rat mit der Schaffung einer Koordinationsgruppe für die Bekämpfung des Terrorismus zu beauftragen. Auf alle Fälle ist es unerläßlich, daß wir angesichts dieser Plage unserer heutigen Welt schnell, energisch und gemeinsam reagieren.

Meine Damen und Herren, **Europa ist sowohl einer militärischen als auch einer politischen Bedrohung ausgesetzt.** Einerseits drängen sich die mit einer immer stärkeren Offensivkraft ausgerüsteten Heere an seinen Grenzen; zum anderen berührt die wachsende Unbeständigkeit dessen, was man Dritte Welt nennt, seine Interessen und seine Sicherheit. Diesen beiden Bedrohungen können wir nur durch eine Verstärkung unserer Solidarität sowohl im europäischen als auch im atlantischen und durch den Beweis unserer Entschlossenheit im nationalen Rahmen begegnen. Dies sind die Bedingungen für das Überleben in Freiheit. Die Versammlung der Westeuropäischen Union würde ihrer Aufgabe nicht gerecht, wenn sie nicht dem Rat, unseren Regierungen und Parlamenten, die über die Richtlinien unserer Verteidigungspolitik und die Bedingungen für unsere Sicherheit beraten, dieses ins Gedächtnis rufen würde.

Von den beiden Europa drohenden besonderen Gefahren ist die militärische Gefahr die offensichtlichere, denn die im Osten verfolgte Strategie ist ganz entschieden offensiver Art. Die in Moskau proklamierten militärischen Theorien sowie die Anhäufung sowjetischer Waffen auf unserem Kontinent beweisen das leider. Es gibt keine Stimme eines Experten aus dem Lager der freien Welt, die nicht das **militärische Potential des Warschauer Pakts** als für seine Sicherheitsbedürfnisse um ein Vielfaches zu hoch bezeichnet. Die Westeuropäische Union und ihre parlamentarische Versammlung haben den Auftrag, unsere Sicherheit, den Frieden und damit unsere Freiheit zu bewahren.

Angesichts der Tatsache, daß unseren Ländern gegenüber im zentralen Abschnitt Europas der Warschauer Pakt — trotz seiner ständigen Betonung des Friedenswillens — seine Landstreitkräfte um eine Million, die Panzer um 40 %, die Artillerie um 100 % verstärkt hat und dort bereits die dritte Generation der Nachkriegsflugzeuge im Einsatz ist — im Westen ist es die zweite —, müssen wir uns immer wieder einen Leitgedanken vor Augen halten: Wer den Frieden in Europa sichern will, muß fähig sein, den Krieg durch glaubhafte Abschrekkung zu verhindern. Wir wollen nicht, daß die Welt durch unsere Waffen zerstört wird. Wir wollen aber auch nicht der Erpressung durch die andere Seite unterworfen sein. Wir vertrauen auf das Atlantische Bündnis. Seine Festigkeit hat bewirkt, daß die quantitative Überlegenheit des Warschauer Pakts mit seinen Streitkräften in Europa nicht zu einer politischen Erpressung führen konnte. Wir haben bisher immer deutlich machen können, daß es in Europa keinen Sieg für einen etwaigen Angreifer geben kann — und genau das nennen wir Abschreckung.

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, in jüngster Zeit wird vor dem Hintergrund der Überprüfung der Glaubwürdigkeit diese Abschreckung weltweit das Thema einer weiterentwickelten Waffe — in der Umgangssprache als **Neutronenwaffe** bezeichnet — diskutiert. Das Für und das Wider wird zum Teil leidenschaftlich diskutiert. Im Gesamtkontext des Waffenspektrums haben wir uns daher auch mit diesem Thema sorgfältig zu befassen. Diese Prüfung wird ergeben, daß die neue Waffe die Glaubwürdigkeit der Abschreckung stark erhöht, die Friedenschance dadurch also gleichermaßen verstärkt wird, daß diese Waffe somit friedensbewahrend wirkt.

Tatsächlich bildet die Abschreckung ein Ganzes. Sie ist sowohl konventioneller als auch nuklearer als auch psychologischer Art. Diese drei Faktoren sind unlösbar miteinander verbunden. Wir dürfen nicht vergessen, daß der konventionelle Aspekt der Abschreckung von seinem atomaren Aspekt untrennbar ist. Weil die verbündeten Armeen über die Mittel verfügen, eine jede — auch mit reduzierten Streitkräften geführte — Offensive aufzuhalten, können sie einen Gegner, der versuchen sollte, das konventionelle Hindernis zu überwinden, zwingen, bedeutende Streitkräftekonzentrationen vorzunehmen. Die Zusammenschau des konventionellen und

nuklearen Aspekts wird dadurch sichtbar, daß sich diese dann den verheerenden Wirkungen der atomaren Waffe aussetzen würden.

Man kann es deshalb nur begrüßen, daß der europäische Widerstandswille, ohne den es keine Abschreckung gibt, in dem Willen der meisten Mitglieder des Verteidigungsplanungsausschusses der NATO seinen Ausdruck findet, ihre Verteidigungsausgaben um real 3 % jährlich zu erhöhen. Die Anstrengungen Frankreichs finden einen gleichen Niederschlag.

Unsere Verteidigungsanstrengungen sind also beispielhaft. Wenn sie jedoch wirkungsvoll sein sollen, muß der Wille zur Zusammenarbeit gestärkt werden. Die steigenden Kosten der Waffen, auch der neuen Waffen, die Sorge um die militärische Effizienz zwingen zu hohen finanziellen Leistungen. Ihre Eingrenzung, aber auch technische und zahlreiche andere Gründe zwingen zur Standardisierung oder zur Interoperabilität unserer Waffen, zur Entwicklung einer gemeinsamen Produktion, also zu einer Rationalisierung unserer Rüstungspolitik. Es ist so, wie ich es bereits vor einem Jahr gesagt habe — ich glaube, dies wiederholen zu müssen —: Dieses muß eine der Hauptsorgen der Westeuropäischen Union sein.

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, das Kolloquium, das wir im letzten Jahre über die **Rüstungspolitik Europas** abgehalten haben, hat die Schwierigkeit, aber auch die Notwendigkeit einer europäischen Zusammenarbeit zur Aufrechterhaltung und zur Verstärkung der industriellen Basis der europäischen Sicherheit, insbesondere der Rüstungsindustrie unserer Länder, gezeigt.

Bei meinen Besuchen in den Hauptstädten unserer Mitgliedsländer als Antrittsbesuche des neugewählten Präsidenten haben meine Gesprächspartner im allgemeinen betont, daß es an sich weniger kostspielig sei, auf amerikanisches, in großen Serien hergestelltes Material zurückzugreifen. Europa muß aber unstreitig daran interessiert sein, eigene Kapazitäten in Forschung und Industrie in ausreichendem Maße aufrechtzuerhalten und zu stärken. Es muß daher eine politische Entscheidung getroffen werden, auch wenn sie kostspieliger ist. Derartige Entscheidungen sind sowohl durch die Sorge um die Aufrechterhaltung von Arbeitsplätzen als auch durch die Notwendigkeit gerechtfertigt, in Europa eine ausreichende Erfinderkapazität zu bewahren, ohne die es keine wirkliche Rüstungsindustrie gibt. Das muß geschehen auch vor dem Hintergrund unverändert guter Kooperation mit den Vereinigten Staaten.

Die Westeuropäische Union, diese parlamentarische Versammlung, hat daher die Aufgabe der europäischen Verteidigung, und unsere Regierungen müssen daher ständig darüber unterrichtet sein, daß wir in dieser parlamentarischen Versammlung den Willen zur Einigung haben und unsere Regierungen in dieser Richtung zu wirken bitten.

Schließlich und endlich muß unsere Entschlossenheit die Grundlage unserer Politik in den verschiedenen Abrüstungs- und Rüstungsbeschränkungsverhandlungen sein. Jedes Zugeständnis unsererseits muß durch gleichwertige Zugeständnisse auf der anderen Seite aufgewogen werden. Wir fordern insbesondere die auf der Abrüstungskonferenz der Vereinten Nationen verhandelnden Regierungen auf, wachsam, aber auch einfallsreich zu sein, damit die Bürde, die auf den Völkern der ganzen Welt lastet, vermindert wird.

Wir machen uns jedoch keine Illusionen. Die **Abrüstung** setzt ein Klima des Vertrauens und der Entspannung voraus. Die politische Entwicklung zeigt aber, daß in der ganzen Welt die Spannungen zunehmen und die Konflikte schwelen.

Die Spannungen verstärken sich und die Konflikte schwelen insbesondere in **Afrika**. Afrika ist jedoch mit Europa durch besondere Bande verbunden, sowohl durch die Konvention von Lomé als auch durch die technische Hilfe, die Mitgliedsländer der Westeuropäischen Union den afrikanischen Staaten zuteil werden lassen.

Ich möchte unserer Überzeugung Ausdruck geben, daß dieser Kontinent nicht länger nur als eine Quelle von Rohstoffen betrachtet werden darf. Unsere Sicherheit beruht auf seiner politischen Stabilität und der Fähigkeit, unserer europäischen Zivilisation, die demokratischen Ideale, die uns stark gemacht haben und denen wir uns auch in Zukunft verbunden fühlen, dort auszustrahlen.

Deshalb ist es um so bedauerlicher, feststellen zu müssen, daß es in Afrika weder eine europäische Politik noch eine westliche Politik gibt und daß selbst einander in jeder Hinsicht so verbundene Staaten wie Belgien und Frankreich ihre Meinungsverschiedenheiten bezüglich der grausamen Situation in Zaire nicht überwinden und einen Weg für eine gemeinsame Aktion finden konnten.

Meine Damen und Herren, in Mauretanien, im Tschad, in Angola, in Äthiopien, in Rhodesien, in Namibia, in Südafrika birgt die politische Lage zahlreiche Gefahren in sich. Unsere Regierungen denken aber nicht daran, die Bestimmungen des Art. VIII des abgeänderten Brüsseler Vertragswerks anzuwenden, die es ihnen erlauben würden, sich über jede Situation, die eine Bedrohung des Friedens, wo auch immer, darstellen könnte, abzustimmen. Sie tun es nicht, weil sie sich ihrer mangelnden Einigkeit gegenwärtig bewußt sind.

Wir müssen jedoch — und das ist eine positive Seite — mit Befriedigung die Erklärung des Rates zu Anfang des Kapitels B seines Jahresberichts bezüglich der Verteidigungsfragen zur Kenntnis nehmen, in dem es heißt:

> Der Rat ist auch weiterhin bereit, sich aktiv an jeder Entwicklung zu beteiligen, die den Mitgliedstaaten helfen könnte, den Frieden und die internationale Sicherheit aufrechtzuerhalten.

In der Tat besteht für uns das Problem darin, sowohl das westliche Bündnis als auch die Europäische Union zu stärken. Diese beiden Formen der Solidarität sind für unsere Sicherheit unerläßlich. Im Rahmen des Atlantischen Bündnisses müssen

unnötige Differenzen und ideologische Kontroversen vermieden werden. Nur auf Taten kommt es an.

Deshalb ist es überflüssig, lange Überlegungen über den Rückzug Frankreichs aus der NATO anzustellen. Wir müssen vielmehr seinen Beitrag zur gemeinsamen Verteidigung des Bündnisses werten. Wir können dabei feststellen, daß seine Verpflichtung zum militärischen Beistand gemäß Art. V des abgeänderten Brüsseler Vertragswerks immer wieder bekräftigt wurde.

Es ist ebenso unnütz, den amerikanischen Willen zu unserer Verteidigung in Frage zu stellen, wie es zuweilen geschieht. Die Vereinigten Staaten beweisen in allen schwierigen Lagen ihre Solidarität mit Westeuropa. Sie beruht nicht nur auf einer Interessen- und Kulturgemeinschaft zu beiden Seiten des Atlantiks, sie kommt vielmehr in einer Geisteshaltung zum Ausdruck, die mehr bedeutet als nur ein Vertrag.

Auch in Europa müssen wir auf alle verfügbaren Mittel zur Einigung zurückgreifen. So hat z. B. die Westeuropäische Union das Verdienst, zur Zeit die einzige rechtliche Grundlage zu bieten, auf der e i n Europa mit Befugnissen auf dem Verteidigungssektor aufgebaut werden kann. Man muß deshalb alles vermeiden, was dieses Gremium unter dem Vorwand schwächen könnte, daß seine Möglichkeiten nicht voll ausgeschöpft werden. Denn es ist sich doch wohl niemand im unklaren darüber, daß zur Zeit in unserer Versammlung eine gewisse Malaise über die Art der **Beziehungen zwischen dem Rat und der Versammlung** herrscht. Tatsächlich kann eine parlamentarische Versammlung nur dann wirkungsvoll entscheiden und nur dann die Öffentlichkeit für ihre Arbeit interessieren, wenn sie sich einer Behörde der Regierung gegenübersieht, die ihre Verantwortung wahrnimmt und ihr Bericht erstattet.

Trotz des guten Willens der meisten Regierungen und der großen Anstrengungen des Generalsekretärs unserer Organisation, des Herrn Botschafters Longerstaey, muß diese Versammlung feststellen, daß der Rat zur Zeit nicht dieser Definition des von ihr gewünschten Gesprächspartners entspricht, an den sie sich aus dem ihr innewohnenden Recht gerne wenden möchte.

Unter diesen Verhältnissen leidet die Glaubwürdigkeit dieser Versammlung, vor allem angesichts der immer wieder in die Erinnerung zu rufenden Feststellung, daß keine andere Organisation ihren Mitgliedern Verpflichtungen auferlegt, die mit den von den Unterzeichnern des abgeänderten Brüsseler Vertragswerks eingegangenen Verpflichtungen vergleichbar wären.

Die in Art. V des abgeänderten Vertrages ausgedrückte automatische Beistandspflicht ist eine der rechtlichen Grundlagen, die unter allen Umständen für das künftige Europa aufrechterhalten werden müssen. Art. VIII dieses Vertrages gibt dem Rat die Möglichkeit zur Abstimmung, zu der er — ich wiederhole, was Sir John Rodgers uns sagte — hoffentlich nie, aber eines Tages doch vielleicht gezwungen werden könnte.

Meine Damen und Herren, seit meiner ersten Wahl zum Präsidenten dieses Hauses habe ich in fünf Mitgliedstaaten des revidierten Brüsseler Vertrages meine Antrittsbesuche abgestattet. Ich habe dabei Gelegenheit genommen, mich eingehend über die Situation der Westeuropäischen Union auszusprechen, und dabei vor allem die Besorgnisse dargelegt, die ich soeben vor Ihnen ausgebreitet habe. Das Resümee dieser Gespräche zeigt, daß die Westeuropäische Union unverändert ihre Aufgabe hat, ihre Bedeutung behält, eine Änderung des Vertrages nicht erwogen wird, eine Verlagerung ihrer Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten auf andere Organe nicht in Betracht kommt und die nationalen Regierungen dem Rat, die Parlamente diesem Hohen Haus ihre Unterstützung nicht versagen werden.

Wenn dies aber das unbestrittene und erfreuliche Ergebnis meiner Erörterungen ist, dann müssen die Mitgliedsländer der Westeuropäischen Union auch bereit sein, die Arbeitsmöglichkeiten dieses Hohen Hauses entsprechend auszugestalten. Wir haben mehrfach Anlaß gehabt, darauf hinzuweisen, daß dieses Parlament über sein Budget selbst zu entscheiden hat und nicht bereit sein kann, sich vorschreiben zu lassen, wie es sein Budget gestaltet. Ich erwarte, daß der Rat bereit sein wird, einer solchen Forderung der parlamentarischen Versammlung zu entsprechen.

Die Westeuropäische Union und wir, die Beratende Versammlung, beklagen unsere mangelhafte Publizität, beklagen, daß die Bürger unserer Länder unsere Arbeit nicht würdigen. Wenn uns aber fast keinerlei Möglichkeiten zur publizistischen Arbeit eingeräumt werden, kann man sich über dieses Negativum nicht wundern.

Diese Probleme bedürfen dringend der Lösung durch eine entsprechende Gestaltung des Etats. Meine Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich halte es für unerträglich, daß der Europarat für diese Zwecke der publizistischen Arbeit über 2 200 000 FF verfügt, von denen allein für den Bezug von Zeitungen zur Information der Mitarbeiter des Europarates 130 000 FF zur Verfügung stehen, d. h. nur für diese Position fast das Vierfache aller Mittel, die wir für die gesamte publizistische Arbeit haben.

Die so wünschenswerten Besuche vor allem von jungen Menschen aus Europa, die Sie alle genau wie ich bejahen, in den Zentren europäischer Entwicklung können nicht gefördert werden, weil dafür nicht ein Sou zur Verfügung steht. Also unterbleiben diese Informationsreisen.

Meine Damen und Herren, die bevorstehende 24. Periode der parlamentarischen Versammlung der Westeuropäischen Union wird wiederum eine umfangreiche Arbeit bringen. Vor allem werden auch die Ausschüsse große Tagesordnungen abzuwickeln haben. Zum Wohle unserer Arbeit wünsche ich uns allen einen guten Erfolg.

Tagesordnungspunkt:

23. Jahresbericht des Rates
(Drucksachen 765, 767 und 769)

Berichterstatter: Außenminister Arnaldo Forlani (Italien)

Dr. Müller (CDU/CSU): — Herr Forlani, Sie sind Bürger und Minister eines Staates, der — genauso wie mein Staat — in jüngster Vergangenheit unter der Geißel des **Terrorismus** gelitten hat. Unter Bezug auf Ihre Ausführungen zur resoluten Bekämpfung des Terrorismus möchte ich Sie fragen, ob Sie der Überzeugung sind, — ob Ihre Regierung der Überzeugung ist, — daß die europäische und internationale Zusammenarbeit zur Bekämpfung des Terrorismus ausreichend ist, oder ob weitergehende Maßnahmen und eine bessere Koordination dieser Maßnahmen erforderlich sind.

Außenminister Forlani sagt, man könne sich tatsächlich eine noch wirksamere Zusammenarbeit der europäischen Staaten in der Bekämpfung des Terrorismus vorstellen, insbesondere auch im juristischen Bereich.

Frau von Bothmer (SPD): Herr Minister, im Namen des Ausschusses für politische Angelegenheiten möchte ich Ihnen herzlich danken, daß Sie die Bereitschaft ausgedrückt haben, mit uns wieder ein Gespräch zu führen und daß dieses im Herbst stattfinden soll. Ich möchte nun auf die Fragen zurückkommen, die dem **Ministerrat** in Bonn bei dem letzten Treffen am 5. Juni gestellt worden sind, und möchte darum bitten, daß diese Fragen etwas genauer und mehr zur Sache gehend beantwortet werden. Ich möchte fragen, wann das der Fall sein kann.

Außenminister Forlani antwortet, über die angesprochenen Fragen fänden Konsultationen der beteiligten Regierungen und Organisationen statt.

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des französischen Staatssekretärs im Außenministerium, Olivier Stirn

Frau von Bothmer (SPD): Die französische Regierung hat die Frage verneint, daß sie die **Neutronenbombe** hergestellt habe. Bedeutet das, daß die französische Regierung diese Waffe zur Abschreckung und zur Verteidigung Europas für unnütz hält oder daß sie grundsätzlich von der Verwendung einer solchen Waffe Abstand nehmen will?

Staatssekretär Stirn hält es für sicher, daß diese Waffe — wie alle Nuklearwaffen — ein Instrument der Abschreckung darstellen könnte, insbesondere gegen Panzerangriffe.

Tagesordnungspunkt:

Die strategische Mobilität
(Drucksache 758)

Abstimmung über den von der Versammlung am 30. November 1977 erarbeiteten Empfehlungsentwurf

Tagesordnungspunkt:

Die politische Tätigkeit des Rates und die Zukunft der Versammlung der WEU — Anwort auf den 23. Jahresbericht des Rates
(Drucksache 768)

Berichterstatter: Abg. Treu

Anwendung des Brüsseler Vertrages — Antwort auf den 23. Jahresbericht des Rates
(Drucksache 777)

Berichterstatter: Abg. Tanghe

Wissenschafts-, Technologie- und Raumfahrtfragen — Antwort auf den 23. Jahresbericht des Rates
(Drucksache 774)

Berichterstatter: Abg. Adriaensens

Dienstag, 20. Juni 1978

Tagesordnungspunkt:

Die Sicherheit im Mittelmeerraum
(Drucksache 776)

Berichterstatter: Abg. Grant

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des britischen Verteidigungsministers, Frederick Mulley

Dr. Geßner (SPD): Herr Staatssekretär, wir hatten von Ihnen gehört, daß die Sowjetunion dabei sei, die technologische Lücke zu schließen, die zwischen den westlichen und den östlichen Staaten bei der Waffenqualität besteht. Ich habe keinen Zweifel daran, daß die Sowjetunion bemüht ist, den

Vorsprung der westlichen Staaten aufzuholen und gleichzuziehen.

Nun ist es so, daß Waffen, die im Bündnis produziert werden, nicht nur an Bündnisstaaten, sondern auch an Staaten jenseits unserer Bündnisgrenzen verkauft werden. Wir haben vor einiger Zeit gehört, daß eine gemeinsam entwickelte Panzerabwehrrakete, die Milan, an einen arabischen Staat verkauft worden ist, der, wie wir glauben und wissen, sehr freundschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion unterhält. Es gehört nicht viel Phantasie dazu, um sich vorzustellen, daß derartige Waffen möglicherweise aus dem Land hinaus in den Bereich jenseits des Eisernen Vorhangs gelangen und dort natürlich auch technologisch ausgewertet werden.

Angesichts der Gefahr, von der Sie eben gesprochen haben, daß wir unseren technologischen Vorsprung verlieren — daraus würde sich auch in bezug auf die Quantität unserer Waffen eine ganze Reihe von Konsequenzen ergeben —, möchte ich Sie fragen, ob es nicht vielleicht vernünftiger wäre, wenn wir uns in diesem Punkt Verkauf von Waffen in Länder außerhalb des Bündnisses eine gewisse Zurückhaltung auferlegten, weil sonst das eintreten könnte, was Sie befürchten, nämlich die **Schließung der technologischen Lücke durch die Sowjetunion.**

Verteidigungsminister Mulley schätzt, daß in dem angeführten Falle angesichts des hohen sowjetischen Entwicklungsstandes in der Raketentechnik nicht von schwerwiegenden technologischen Verlusten gesprochen werden könne. Im übrigen gäbe es in bestimmten Bereichen den Koordinierungsausschuß des Bündnisses, dem Verkäufe vorzulegen seien.

Mattick (SPD): Herr Präsident! Ich möchte den Herrn Minister gern fragen, ob die britische Regierung auf Grund ihrer relativen Zuständigkeit noch irgendeine Vorstellung hat, wie das **Zypern-Problem** gelöst werden kann, oder ob die britische Regierung sich hier völlig aus dem Obligo fühlt.

Ich möchte weiter fragen, ob es in diesem Zusammenhang eine Empfehlung gibt, das Embargo gegen die Türkei aufzuheben.

Schließlich: Hat die britische Regierung eine Vorstellung, auf Grund deren sie als Vermittler zwischen der Türkei und Griechenland die Voraussetzungen für eine Regelung auf Zypern schafft?

Verteidigungsminister Mulley antwortet, die Lösung des Zypern-Problems müsse in erster Linie von den beiden Volksteilen ausgehen. Großbritannien habe klar zum Ausdruck gebracht, daß es in jeder Weise helfen wolle. Dabei stehe auch nicht die Existenz seiner beiden souveränen Basen in Zypern außer Diskussion. — Großbritannien sei zwar für die Aufhebung des amerikanischen Waffenembargos gegenüber der Türkei, vermutlich lege der US-Congress aber in dieser Frage keinen Wert auf Ratschläge von Außenstehenden.

T a g e s o r d n u n g s p u n k t :

Die Sicherheit im Mittelmeerraum

(Fortsetzung der Aussprache)

Dr. Mende (CDU/CSU): Herr Präsident! Verehrte Mitglieder der Westeuropäischen Union! Wir haben in der letzten Aprilwoche im Europarat in Straßburg die Zypern-Frage auf Grund des Berichts des österreichischen Kollegen Karasek diskutiert. Der erste Redner in der Debatte in Straßburg war Herr Kollege Grant, derselbe Kollege, der heute hier in Paris Berichterstatter in der Frage der Sicherheit im Mittelmeer ist. Genauso wie Herr Kollege Grant in Straßburg mahnte, nicht zurückzuschauen, sondern nach vorn zu schreiten und Griechen und Türken allmählich aus dem gegenwärtigen Streit herauszuführen, so ist auch der heutige Bericht des Herrn Kollegen Grant von einer objektiven Ausgeglichenheit, für die wir ihm dankbar sein sollten. Diesen Bericht sollten wir möglichst einmütig, und wenn nicht dies, so wengistens mit großer Mehrheit, annehmen.

In der Tat stehen die **Sicherheit im Mittelmeerraum** und die Lösung der griechisch-türkischen Meinungsverschiedenheiten insbesondere in der **Zypern-Frage** in einer Interdependenz.

Wer vor 25 Jahren am Bosporus und an den Dardanellen Beobachter war, wußte, daß es damals zu einer Sensation wurde, wenn ein sowjetisches Schiff durchlief. Dies geschah etwa einmal am Tag! Heute fahren rund 60 sowjetische Schiffe am Tag durch den Bosporus und durch die Dardanellen! Wir wissen, wie großzügig die Türkei das Abkommen von Montreux auslegen muß auf Grund des immer stärker werdenden Einflusses der Sowjetunion im Mittelmeerraum.

Wir wissen auch um die Schwierigkeiten, die der griechischen Regierung entstanden sind nach der harten Zeit des Militärregimes mit mancher Fehlentscheidung.

Wir wissen auch, daß die Zypern-Frage auf beiden Seiten Wunden hinterlassen hat, die schwer zu heilen sind. Aber man muß die Kausalität sehen. Schließlich sind die Ereignisse auf Zypern zunächst unter dem griechischen Militärregime ausgelöst worden. Die Invasion der Türken war eine Folge dieser Ereignisse auf Zypern. Hier die Kausalität nicht aus dem Auge zu verlieren dürfte auch der Objektivierung und der Lösung des griechisch-türkischen Verhältnisses und der Zypern-Frage dienen.

Die Türken sind durch den amerikanischen Kongreß nicht gerade klug behandelt worden. Ich denke an ein Wort Konrad Adenauers: Mancher amerikanische Senator macht Außenpolitik wie ein Cowboy aus dem Sattel. Der amerikanische Kongreß hat große Fehler in der Behandlung der Türkei gemacht. Ich kann mich nur dem anschließen, was eben schon gesagt wurde: daß es hoffentlich bald zu einer Aufhebung des Embargos kommt, das ja gegen den Willen des Präsidenten Ford von gestern und des Präsidenten Carter von heute verhängt

worden ist. Hier ist wahrscheinlich zuviel Rücksicht auf inneramerikanische/innenpolitische Verhältnisse genommen worden.

Es ist gut, daß die Westeuropäische Union alles daransetzt — so steht es ja auch im Bericht — eine ausgewogene Rüstungshilfe für beide Seiten, für Griechen und Türken, zu gewährleisten und bisherige Diskriminierungen abbauen zu helfen. Ich hoffe, daß diese Debatte dazu beitragen kann.

Ich möchte noch einmal Herrn Grant meinen Dank für die Ausgeglichenheit seines Berichts aussprechen.

Handlos (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Bericht über die **Sicherheit im Mittelmeerraum** stellt zwar eine ausgezeichnete Zusammenstellung über das gegenwärtige militärische Kräfteverhältnis dar. Allerdings haben solche Berichte auch einen Nachteil, an dem der Verfasser absolut keine Schuld hat, und zwar deshalb, weil sich natürlich in militärischer Hinsicht Qualität und Quantität schlecht miteinander vergleichen lassen. Ich möchte hierzu einige Beispiele nennen. Bereits innerhalb der NATO-Staaten sind die Kopf- und Präsenzstärken derart unterschiedlich, daß ein Vergleich praktisch nicht möglich ist. Ein Beispiel mit Bezug auf die Qualität: Es gibt Freiwilligen- und Wehrpflichtarmeen. Der Warschauer Pakt hat Wehrpflichtzeiten bis zu drei und vier Jahren, die NATO solche ab sechs Monaten. Es gibt Divisionen mit Material größten Qualitätsunterschiedes. Es gibt einerseits den kämpferischen Geist des Patriotismus und andererseits den Pazifismus westlicher Prägung. Ich erinnere weiter an die Härte der Soldaten, z. B. der Sibiriaken, die Steppenmärsche von vier bis acht Wochen Dauer durchführen. Andererseits erinnere ich an NATO-Soldaten in Westeuropa, die praktisch jedesmal zu Hause schlafen.

Ein weiterer Vergleich: Die einen paradieren stolz am 1. Mai; die anderen nehmen in Uniformen an kommunistischen Demonstrationen teil, ohne daß sie dafür — nicht einmal disziplinarisch — belangt werden. Auf solche Qualitätsunterschiede möchte ich hier hinweisen.

Ich darf nun einige Bemerkungen im Hinblick auf Jugoslawien, Griechenland, die Türkei und Spanien machen. Uns allen ist bekannt, daß **Ungarn** immer mehr zu einer gewissen Aufmarschplattform wird, auf der einen Seite gegenüber Jugoslawien, um nach einem möglichen Ausscheiden von Tito aus der aktiven Politik eventuell einen gewissen Druck ausüben zu können; auf der anderen Seite könnte Ungarn als Sprungbrett zu den Ölquellen im Nahen Osten dienen. Hier könnte sich eine wesentliche Verschiebung des Gleichgewichts der Kräfte im Mittelmeerraum ergeben, wenn Ungarn auf diese Weise — da es sich nicht in der Reduktionszone von MBFR befindet — immer stärker zu einer Aufmarschplattform würde. Die militärischen Akzente würden dann entscheidend verändert.

Große Sorgen macht der Allianz im Mittelmeerraum — das wurde von den bisherigen Rednern schon gesagt — das **Verhältnis zwischen Griechenland und der Türkei.** Ich möchte einige Beispiele für die Instabilität der militärischen Lage nennen, die dies zeigen mögen. Griechenland hat z. B. das Defence Planning Committee verlassen. Es hat sich aus dem NATO-Hauptquartier vom türkischen Boden zurückgezogen. Es liefert nicht mehr die Ergebnisse im Rahmen des Frühwarnsystems und des Luftverteidigungssystems NADGE. Die Übung Philippos '77, an der im Herbst 1977 über 100 000 griechische Soldaten teilgenommen haben, fand an der Grenze zur Türkei statt und ging nicht mehr wie bisher davon aus, daß ein Angriff aus Bulgarien erfolgen könnte. Es wurde vielmehr die Annahme unterstellt, daß ein Angriff aus der Türkei erfolgen könnte. Ich erinnere daran, daß Griechenland bei den Übungen der Luftstreitkräfte nicht mehr in Izmir vertreten ist, sondern praktisch nur mehr von Neapel aus geleitet wird. Ich möchte weiterhin erwähnen, daß — wie ich bereits vorher andeutete — die Aufklärungssysteme des Frühwarnsystems der NATO 300 km über die griechische Grenze hinaus nicht mehr zur Verfügung stehen. Die Türken wiesen darauf hin, daß die Griechen das Lausanner Abkommen aus dem Jahre 1928 gebrochen hätten, das besagt, daß die vor der türkischen Küste liegenden Inseln demilitarisiert zu halten sind. Nunmehr erklärt Ankara, Athen hätte gerade dieses Abkommen massiv gebrochen. Deshalb würde sich wohl oder übel eine neue türkische Verteidigungsstrategie ergeben: einerseits zwar ein Verbleiben der Türkei in der NATO, aber andererseits eine neue Priorität, nämlich die Verteidigung der Ägäis-Küste, d. h. ein Abzug von türkischen Streitkräften von der UdSSR-Grenze und eine Neuverlegung an die sogenannte Ägäisfront. Dann muß damit gerechnet werden, daß die türkischen Streitkräfte um 150 000 Soldaten reduziert werden, um die restlichen Streitkräfte modern auszurüsten. Besonders gefährlich in diesem Zusammenhang ist die immer wieder praktizierte Annäherung der UdSSR an die Türkei. Meine Damen und Herren, erinnern Sie sich bitte an das Zehnjahreshilfsabkommen, das im Frühjahr 1977 zwischen **Moskau und Ankara** abgeschlossen wurde und sich auf Wirtschaftshilfe bezieht. Erinnern Sie sich an den Besuch des sowjetischen Generalstabschefs Ogarkow in Ankara im April 1978. Dieser Besuch liegt erst kurze Zeit zurück. Er war nicht rein zufällig, sondern diente dazu, die Verteidigungsschwäche der Türkei auszunutzen. Ich erinnere daran, daß die türkische Luftwaffe im Frühjahr 1978 wegen der Nachschubblockade seitens der USA nur zur Hälfte einsatzfähig war und das gleiche in etwa bei den Panzerstreitkräften zutrifft. Besonders möchte ich erwähnen, daß Ecevit Präsident Carter mitgeteilt hat, daß er die Deklaration über die Zukunft der Allianz Ende Mai nicht unterschreiben würde. Er will Ende Juni nun angeblich ein politisches Dokument über die sowjetisch-türkische Zusammenarbeit unterzeichnen.

Meine Damen und Herren, diese instabile Lage im Mittelmeerraum gibt wirklich zu größter Sorge Anlaß. Ich glaube, daß sie für die Westeuropäische Union Grund genug ist, zu überlegen, wie sowohl Griechenland als auch der Türkei militärisch und wirtschaftlich stärker als bisher geholfen werden

kann. Einige NATO-Länder — ich möchte daran erinnern — leisten hierzu einen gewissen Beitrag, der allerdings gesteigert werden müßte, um gerade den wachsenden Einfluß der UdSSR in der Türkei zurückzudrängen.

Meine Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollen, gestatten Sie mir zum Abschluß ein Wort zur Situation im westlichen Mittelmeer und in bezug auf **Spanien.** Unser ganzes Bestreben in der Allianz müßte dahin gehen, Spanien in die NATO zu integrieren. Die diesjährige NATO-Übung „Open Gate" zeigte erneut die Wichtigkeit eines spanischen NATO-Beitritts. Hierbei wurde die Notwendigkeit deutlich, auch die spanischen Streitkräfte, zu denen — ich muß das immer wieder betonten — praktisch keine Verbindungen bestehen, in die Gesamtplanung einer Sicherung des Westausgangs des Mittelmeers zu integrieren. Die NATO benötigt zudem geregelte Übereinkünfte für die militärische Nutzung des spanischen Staatsgebietes und die Bereitschaft Madrids, den alliierten Flugzeugen das Überfliegen Spaniens generell zu gestatten. Das iberische Land kann hier einen wichtigen und nicht zu unterschätzenden Beitrag zur Sicherung der Südflanke Europas leisten. Wir wissen ja, daß Spanien bereits im Europarat ist. Wir sollten deshalb alles tun, um dieses Land zum Vorteil sowohl der NATO als auch Spaniens nun auch in die NATO zu integrieren.

Dr. Müller (CDU/CSU): Herr Präsident! liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Mittelmeerraum war für Europa immer von außerordentlicher Bedeutung. Insofern möchte ich meinem Vorredner widersprechen, der vom **Mittelmeerraum** als nur einem unter vielen anderen Räumen gesprochen hat. Von 480 vor Christus bis 1571, von Salamis bis Lepanto sind die Entscheidungen über das Schicksal Europas in diesem Raum gefallen.

Die aktuelle Anwesenheit der russischen Eskadra im Mittelmeerraum erinnert uns daran, daß, seitdem zum erstenmal das Geschwader des Fürsten Orlow unter Katharina der Großen in das Mittelmeer eingedrungen ist, die Sehnsucht russischer Expansionspolitik immer die warmen Meere vor Augen hatte.

Auch wenn wir die aktuelle Situation in Europa betrachten, stellen wir fest, daß die großen Konfliktherde im südlichen Europa, im Mittelmeerraum, liegen und kaum im nördlichen, ja nicht einmal im mittleren Raum, wo man dank der Entspannungspolitik ein gewisses Gleichgewicht geschaffen hat, während man auf der anderen Seite einen deutlichen Versuch feststellen kann, dieses Gleichgewicht gerade im Mittelmeerraum zu verschieben.

Wir haben dort eine Reihe von Krisengebieten. Sie sind alle heute genannt worden. Ob das die Zypernfrage ist, ob das die Probleme im Nahen Osten zwischen Israel und den arabischen Staaten sind, ob das Krisen in Nordafrika sind — denken Sie nur an die Spannungen zwischen Algerien und Marokko um die frühere Spanische Sahara —: überall Konflikte, überall mögliche Explosionswerte.

Ich möchte noch auf einen Aspekt eingehen, der meiner Ansicht nach im Bericht vernachlässigt, ja überhaupt nicht erwähnt worden ist, obwohl auch er dazugehört. Ich meine den des **internationalen Terrorismus.** Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ein großer Teil der Terroristen in Italien und der Bundesrepublik wurde im Mittelmeerraum ausgebildet. Es ist nicht unbekannt, daß ein Staatsmann eines Mittelmeerlandes der Financier des internationalen Terrorismus von Nordirland bis Mindanao/Philippinen ist. Es ist auch nicht allzu lange her, daß Luftpiraten aus Japan in einem Staat im Mittelmeerraum Asyl fanden und von diesem Staat nicht einmal das Lösegeld, das sie erpreßt hatten, dem anderen Staat zurückgegeben wurde.

Das erinnert fast ein bißchen an die Geschichte. Bis in die Mitte des vergangenen Jahrhunderts hinein hat die Seeräuberei aus Nordafrika den christlichen Staaten Europas erhebliche Sorgen gemacht.

Aus dieser Zeit können wir auch etwas für die Gegenwart lernen. Ich glaube, nur gemeinsame Aktionen und gemeinsames Handeln können dazu beitragen, die Sicherheitsaspekte Gesamteuropas auch im Mittelmeerraum im Auge zu behalten und auf nahe Zukunft auch die Sicherheit Europas zu gewährleisten. Unser Ziel muß es sein, die Konfliktpotentiale, die dort vorhanden sind, so klein wie möglich zu halten, ganz gleich, ob es in der Zypern- oder in der Nahostfrage ist. Unser Ziel muß es sein — da gebe ich auch meinem Vorredner recht —, hier hemmend einzugreifen, damit die Konflikte nicht eskalieren, also beruhigend einzugreifen, nicht sie noch anzuheizen. Aber das bedeutet natürlich auch, liebe Kollegen, sich für alle Eventualfälle vorzubereiten, die auftreten können. Denn nur derjenige, der allen Fällen gegenüber gewappnet ist, kann wirklich noch eine unabhängige Politik in seinem eigenen Interesse betreiben.

Lassen Sie mich zum Schluß eine Bemerkung machen zu dem **Waffenembargo gegenüber** einem NATO-Mitgliedsland, **der Türkei.** Ich glaube die werten und geschätzten Kollegen im amerikanischen Kongreß erinnern in dieser Frage allzusehr an ein Provinzparlament, wenn sie sich der Bedeutung dieses Embargos nicht bewußt sind. Die Sicherheit im Mittelmeerraum wird auch von der Schlagfähigkeit der türkischen Armee, eines NATO-Mitgliedslandes, abhängen. Sicher, die Türkei hat besondere Verantwortung in der Frage Zypern, aber sie ist auch ein Mitgliedsland des westlichen Verteidigungsbündnisses, und man kann ein solches Mitgliedsland nicht langsam entwaffnen, wie es etwa durch das Waffenembargo geschieht.

Ich bin der Meinung, die Westeuropäische Union tut gut daran, ein besonderes Augenmerk auf den Mittelmeerraum zu richten. Die Sicherheit dieses Europas wird gerade aus dem Süden bedroht. Wachsamkeit ist hier sicher am Platz.

Abg. Péridier legt den Änderungsantrag zur nachstehenden Empfehlung vor, in Ziff. 1.d die Worte „und den Aufruf an die Vereinigten Staaten, ihre Diskriminierung gegen die Türkei zu beenden" zu streichen.

Dr. Mende (CDU/CSU): Herr Präsident! Ich möchte gegen den Antrag des Herrn Kollegen Péridier sprechen. Wir sind hier, nicht um Gefühlen Ausdruck zu geben, sondern um Fragen der europäischen Sicherheit zu entscheiden.

Wir wissen, daß das **Embargo gegen die Türkei** die europäische Sicherheit dadurch gefährdet, daß es das NATO-Mitglied Türkei und damit die Verteidigungsbereitschaft des Atlantischen Bündnisses mehr und mehr zu schädigen in der Lage ist.

Ich bitte daher, den Antrag des Herrn Kollegen Péridier abzulehnen.

(Der Änderungsantrag des Abg. Péridier wird abgelehnt.)

Empfehlung 313

betr. die Sicherheit im Mittelmeerraum

Die Versammlung

(i) erinnert in der gegenwärtigen schwierigen wirtschaftlichen Lage daran, daß die Sicherheit immer eine Voraussetzung für die politischen Freiheiten und das wirtschaftliche Wohlergehen der verbündeten Länder sein wird und das angemessene Verteidigungsanstrengungen demzufolge aufrechterhalten werden müssen;

(ii) ist der Auffassung, daß die Sowjetunion mit ihrer ständigen Suche nach Militärstützpunkten im Mittelmeerraum, ihrer interventionistischen Politik in Afrika und ihrer Wiederholung der gefährlich zweideutigen „Breschnew-Doktrin" die größte militärische Bedrohung in diesem Gebiet darstellt;

(iii) ist sich bewußt, daß eine der größten Gefahren eines größeren Konflikts durch Fehleinschätzung im Mittelmeerraum liegt, wo sich die gegensätzlichen Interessen von Ost und West mit denen von Nord und Süd vermischen;

(iv) ist deshalb der Auffassung, daß auf diplomatischem Wege alles unternommen werden sollte, um eine Regelung des Nahost-Konflikts und der Differenzen zwischen verbündeten Ländern in diesem Bereich, den Fortbestand der Unabhängigkeit und Integrität Jugoslawiens und die weitere Verweigerung militärischer Stützpunkte für Streitkräfte der Sowjetunion zu fördern;

(v) ist der Auffassung, daß die NATO in der absehbaren Zukunft die wichtigste glaubwürdige Grundlage für die Sicherheit ihrer Mitglieder im Mittelmeerraum bietet und daß ihre Wirksamkeit von der vollen Unterstützung und Beteiligung aller Mitgliedsländer abhängt;

(vi) ist insbesondere der Auffassung, daß die volle und gleichberechtigte Beteiligung Griechenlands und der Türkei an der NATO für die Sicherheit der beiden Länder und des Bündnisses insgesamt von lebenswichtiger Bedeutung ist;

(vii) wiederholt ihre Auffassung, daß die Sicherheit im Mittelmeerraum durch den Beitritt eines demokratischen Spaniens zur NATO erheblich verstärkt werden würde, betont jedoch, daß eine solche Entscheidung nach der Annahme der neuen Verfassung einer parlamentarischen Mehrheit in diesem Lande zukommt;

(viii) ist sich der vielen einander widerstreitenden Gesichtspunkte bewußt, die bei jeder Politik der Waffenlieferung an Nicht-NATO-Länder berücksichtigt werden müssen;

empfiehlt dem Rat und den Mitgliedsregierungen,

in allen entsprechenden Gremien gemeinsam vorzugehen, um:

1. die kollektive Position des Atlantischen Bündnisses im Mittelmeerraum zu stärken durch:

   a) die stärkere öffentliche Identifizierung aller Mitgliedsländer mit den NATO-Vorkehrungen in diesem Gebiet;

   b) die Teilnahme von Streitkräften aus möglichst vielen Mitgliedsländern an den Übungen und an der Eventualplanung;

   c) die Anpassung der NATO-Kommandoeinrichtungen zur Widerspiegelung der Realität der nationalen Beiträge an die NATO im Mittelmeerraum;

   d) die volle Berücksichtigung der jeweiligen besonderen Bedürfnisse Griechenlands, Portugals und der Türkei in bezug auf die Lieferung der erforderlichen Verteidigungsausrüstung und -unterstützung und den Aufruf an die Vereinigten Staaten, ihre Diskriminierung gegen die Türkei zu beenden;

   e) Überlegungen darüber, welche gemeinsamen Rüstungsproduktionsvorhaben im Rahmen der NATO zweckmäßig in Griechenland und der Türkei untergebracht werden können;

2. a) Griechenland und die Türkei zu ermutigen, die Verhandlungen zur Regelung ihrer verbleibenden bilateralen Differenzen fortzusetzen;

   b) die beiden zypriotischen Volksteile nachdrücklich aufzufordern, ihre direkten Verhandlungen in Gegenwart des Generalsekretärs der Vereinten Nationen unverzüglich wieder aufzunehmen;

3. engere Verbindungen zwischen der integrierten militärischen Struktur der NATO und den spanischen Streitkräften sowie deren Teilnahme an NATO-Übungen in die Wege zu leiten und gleichzeitig eine Entscheidung über den Beitritt Spaniens zur NATO der demokratischen Erörterung im spanischen Parlament zu überlassen;

4. sicherzustellen, daß Nicht-Mitgliedsländer der NATO im Mittelmeerraum ihre Interessen weiterhin am besten dadurch gewahrt sehen, daß sie den sowjetischen Streitkräften Stützpunktrechte oder Einrichtungen verweigern;
5. die uneingeschränkte Unterstützung des Westens in bezug auf die Unabhängigkeit, territoriale Integrität und Einheit Jugoslawiens und dessen fortgesetzten bündnisfreien Status zu proklamieren;
6. sicherzustellen, daß alle Aspekte der Waffenexportpolitik der NATO-Länder gegenüber allen Nicht-NATO-Ländern im zuständigen Forum des Bündnisses gründlich überprüft werden.

Tagesordnungspunkt:

China und die europäische Sicherheit
(Drucksache 770)

Berichterstatter: Abg. Sir Frederic Bennett

Dr. Mende (CDU/CSU): Herr Präsident! Verehrte Mitglieder der Westeuropäischen Union! Die Sowjetregierung war schlecht beraten, als sie bei den sieben Regierungen der Mitgliedstaaten der WEU Demarchen gegen die heutige Debatte und gegen die Erörterung des Themas der Rückwirkungen der Politik der Volksrepublik China auf die europäische Sicherheit vornahm; denn wenn es bezüglich der Überlegenheit der freiheitlichen Ordnung der westlichen Demokratien gegenüber den kommunistischen Zwangsstaaten einer Bestätigung bedurfte, dann haben sie diese Demarchen geliefert.

Es ist doch gerade unser Vorteil, verehrte Kolleginnen und Kollegen, daß wir in unseren Parlamenten, in unseren Regierungen, in unseren Rundfunkanstalten, in unseren Fernsehanstalten, in unserer Presse sagen können, was wir wollen, schreiben können, was wir wollen, wählen können, wen und wann wir wollen, ausreisen können, wohin wir wollen, und auswandern können, wann und wohin wir wollen. Alle diese Fragen muß der kommunistische Machtbereich auch nach Helsinki und Belgrad immer noch mit einem strikten Nein beantworten.

Ich sehe es daher als ein Armutszeugnis in der Beurteilung unserer Ordnung an, daß Herr Gromyko seinen Botschaftern die blamable Demarche an die Hand gab und sie in den Hauptstädten unserer WEU intervenieren ließ. Ich sehe es als eine Überlegenheit unserer Ordnung und als einen Ausdruck der Freiheit unserer parlamentarischen Union an, daß alle Regierungen der sieben Staaten unter Hinweis auf die Souveränität der Parlamente und der Parlamentarier diese Demarchen zurückgewiesen haben.

Herr Präsident, ich bin in der glücklichen Lage, den Bericht des Kollegen Sir Frederic Bennett aus eigener Anschauung beurteilen zu können, weil auch ich mit einer deutschen Parlamentarierdelegation vor vier Jahren in Kanton, Shanghai, Peking und Umgebung Gast der **Volksrepublik China** war. Ich glaube, daß man wirklich von einem „chinesischen Wunder" sprechen kann, das in den Jahren nach 1949 in diesem Teil der Erde vonstatten ging:

Erstens. Die Ernährung dieser Vielhundertmillionenbevölkerung der Chinesen ist gesichert, erstmalig in seiner Geschichte.

Zweitens. Es gibt keine Seuchen und Überschwemmungen mehr, weil man das Menschenmögliche dagegen unternommen hat.

Drittens. Diese Vielhundertmillionen Chinesen verbindet ein einheitlicher Wille, eine Symbiose von Maoismus und chinesischem Patriotismus.

Natürlich hat die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ihre Sorgen mit ihrem Nachbarn; denn sie hat sich übernommen! Das geschah erstmals im 19. Jahrhundert, in dem sie großräumige ehemals chinesische Gebiete mit Gewalt, Drohung oder Erpressung annektierte. Darüber lesen wir Näheres im Bericht. Zweitens war das im 20. Jahrhundert der Fall, als sie unter Ausnutzung ihrer militärischen Überlegenheit in Ost-Mittel- und Südosteuropa 100 Millionen Menschen ehemals nichtkommunistischer Länder auf einem Gebiet von 1 Million Quadratkilometern unter ihre Herrschaft brachte: in Polen, in Ungarn, in Rumänien, in Bulgarien, in der Tschechoslowakei und im anderen Teil Deutschlands.

Nun sehen wir die Beweise der Annektion und der Résistance in diesen Ländern gegen das sowjetische imperiale Verhalten: in Polen 1956 — noch glimpflich abgelaufen —, in Ungarn im Volksaufstand 1956, vorher in Ost-Berlin und der sowjetisch besetzten Zone am 17. Juni 1953 und nachher, 1968, in Prag und der Tschechoslowakischen Republik.

Wir als Politiker wissen, daß kein Imperium ewig besteht, nicht das Cäsars, das Imperium Romanum, nicht das Karls des Großen, nicht das Napoleons — von anderen Namen im 20. Jahrhundert zu sprechen, verbietet mir die Achtung vor Cäsar, Karl und Napoleon.

Nun hat Europa eine gewisse Wiedergutmachung gegenüber China zu leisten. Auch das hat der Bericht des Kollegen Bennett sehr offen ausgesprochen, indem er sagt: Es haben einzelne europäische Nationen China geplündert — ein hartes Wort der Selbstkritik, das einige europäische Staaten an sich selbst richten müssen. Was liegt näher, als heute von seiten Europas gegenüber der Volksrepublik China wiedergutzumachen, was einzelne europäische Staaten an dieser alten Kultur und dem chinesischen Volk früher gesündigt haben? Denn auch die Wiedergutmachung ist unteilbar!

Wir haben in letzter Zeit eine Memoirenflut aus der Zeit der Nixon-Administration über uns ergehen lassen. Selbst wenn ich — wie wir Politiker es zu tun pflegen — alle Memoiren mit einem gewissen Vorbehalt lese, bleibt noch die bisher nicht widerlegte Feststellung, daß die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken Ende der sechziger Jahre einen Präventivschlag gegen die Atomzentren der Volksrepublik China geplant habe.

Wenn dem so ist, Herr Präsident, dann hat Sir Frederic Bennett mit der Feststellung in seinem Bericht recht, daß am ehesten jene Balance der sich gegenüberstehenden weltpolitischen Mächte, wozu nunmehr auch Europa gehört, den Frieden der Welt garantieren kann, die keinen mehr in die Lage versetzt, risikolos einer anderen Macht zu drohen, sie zu erpressen, sie unter Druck oder sonstiges setzen zu können. In dem Sinne ist der „Schlafende Riese", von dem Napoleon einmal sprach, heute ein Beruhigungsmittel, das uns in Europa ruhig schlafen läßt. Wir können das dank der Balance, die die Volksrepublik China gegenüber der Sowjetunion und ihren imperialen Vorstellungen zugunsten Europas gewährleistet.

Ich unterstreiche daher den Bericht von Sir Frederic. Ich bin auch bereit, zuzustimmen, daß wir der Volksrepublik China genauso Waffen liefern, wie das die Sowjetunion in alle Welt tut. Mit welchem Recht wollen wir die Volksrepublik China, ein Mitglied der Vereinten Nationen, einen Staat, zu dem wir alle diplomatische Beziehungen haben, diskriminieren? Wollen wir wieder neue Fehler machen? Ich sage: besser nicht! Es ist besser, aus früheren Fehlern gegenüber China zu lernen.

Dr. Geßner (SPD): Herr Vorsitzender! Verehrte Kolleginnen! Verehrte Kollegen! Es besteht hoffentlich in diesem Hause Übereinstimmung darüber, daß jede konstruktive Außenpolitik darauf gerichtet sein muß, gute und vernünftige Verhältnisse zu den anderen Staaten auf dieser Erde herzustellen. Freilich — darüber sind sich alle sicherlich ebenso im klaren — müssen andere Staaten diese Verhältnisse ebenfalls wollen. Wir treiben Handel und Wandel zum gegenseitigen Vorteil. Wir hoffen, daß sich dadurch die gegenseitigen Beziehungen vertiefen, daß dadurch gegenseitige Abhängigkeiten geschaffen werden. Sicherlich ist dies auch ein Beitrag zur Verbesserung der Friedenschancen in der Welt. Vor diesem Hintergrund hat beispielsweise meine Regierung in den letzten Jahren den Osthandel ausgebaut. Es gab — bei uns jedenfalls — keinen Zweifel darüber, daß dies ein wichtiger Teil der **Entspannungspolitik** ist. Anders ausgedrückt: Die Vertiefung von Beziehungen soll vorhandene zwischenstaatliche Streitfragen entschärfen bzw. beseitigen. Sie soll niemanden provozieren und keinen Staat gegen den anderen ausspielen.

Wir wissen, daß es seinerzeit sehr kritische Stimmen aus der Volksrepublik China gegeben hat. Dennoch haben wir das Ruder auf Entspannungskurs gestellt. Einflußnahme von außen war von vornherein zur Erfolglosigkeit verurteilt. Das, was ich eben in bezug auf die Warschauer Paktstaaten gesagt habe, gilt natürlich in umgekehrter Weise auch in bezug auf unser Verhältnis zur Volksrepublik China. Wir müssen für gute, vernünftige, ausgeglichene zwischenstaatliche Beziehungen offen sein. Auch hier müssen wir uns jede Einmischung verbitten.

Nun hat unser Kollege Bennett in seinem Bericht soeben ausgeführt, daß es darauf ankomme, die Wirtschaft in China zu modernisieren und zu verbessern. Ich nehme an, daß dies eine Forderung ist, die man ohne Zweifel akzeptieren kann. Er hat dann hinzugefügt, daß dies eine Periode des Friedens und der Stabilität zur Voraussetzung habe. Ich will nicht verhehlen, daß ich einen gewissen Widerspruch darin sehe, wenn er offensichtlich eine Politik der Modernisierung der Streitkräfte der Volksrepublik China mit einbezieht. Ich kann mir nicht gut vorstellen, daß dies die Periode des Friedens und der Stabilität schaffen könnte, von der der Kollege Bennett soeben gesprochen hat. Er brauchte daher nicht über die Reaktion erstaunt zu sein, die hier und dort im westlichen und im östlichen Ausland zu hören gewesen ist.

Jedermann muß sich darüber im klaren sein, daß es nicht darum gehen darf, den mühseligen Prozeß der Entspannung zu unterlaufen. Ich bin ganz sicher, daß es eine ganze Reihe von westlichen Regierungen gibt, die in dem Versuch, die Volksrepublik China waffenmäßig auszurüsten und zu modernisieren, die Absicht erblicken, auf diese Weise den eingeleiteten Entspannungsprozeß zu beenden.

Es kann doch gar kein Zweifel darüber bestehen, daß Aufrüstung und Modernisierung der Streitkräfte der Volksrepublik China einen langjährigen Prozeß darstellen werden. Ich halte es nicht für möglich, daß in dieser Zeit der Entspannungsprozeß vorangetrieben werden kann. Nur das Gegenteil könnte der Fall sein. Ich halte es nicht für vorstellbar, daß wir bei uns in Mitteleuropa einerseits eine gleichwertige **Abrüstung** zustande bringen, um die wir beispielsweise in den MBFR-Verhandlungen in Wien kämpfen, und andererseits versuchen, an der Ostgrenze der Sowjetunion die Aufrüstung zu betreiben. Das eine wird das andere ausschließen. Ich habe das Gefühl, daß der Kollege Bennett das Gleichgewicht der Kräfte durch die Aufrüstung und nicht durch das von uns vorgelegte Konzept der Abrüstung herbeiführen will. In dieser Versammlung ist ja hinreichend bekannt, wie das Abrüstungskonzept der westlichen Staaten u. a. aussieht: stärkere konventionelle Abrüstung der Warschauer Paktstaaten.

Ich glaube, daß ein solcher Schritt, wie er uns hier anempfohlen wird, verhängnisvolle Folgen hätte. Ganz zweifellos würde sich die Rüstungsschraube schneller und stärker drehen. Dies würde uns hier in Mitteleuropa ebenfalls zutiefst treffen. In Wirklichkeit, glaube ich, geht es hier um den Versuch, durch die Aufrüstung der Volksrepublik China, wie bereits dargestellt, den Entspannungsprozeß zu Fall zu bringen.

Viele, die die Aufrüstung der Volksrepublik China wollen, erklären sich zu Freunden der russischen Dissidenten; — um einmal einen anderen Aspekt in die Debatte zu bringen. Ich bin fest davon überzeugt, daß die Zunahme der Spannungen negative Folgen beispielsweise für die Regimekritiker in der Sowjetunion hätte, d. h. die Unterstützung eines kommunistischen Regimes — und die Volksrepublik China ist ein kommunistisches Regime — ginge auf Kosten von Menschen, die ihre Freiheit, Gesundheit und auch ihr Leben für ihre Meinung, die sie äußern, aufs Spiel setzen.

Als Sozialdemokrat will ich hier in aller Offenheit bekennen: Ich bin sowohl gegen den russischen Kommunismus als auch gegen den chinesischen Kommunismus, und ich frage die Versammlung, ob dieser Kommunismus vielleicht besser ist als jener. Ist sich die Versammlung darüber im klaren, daß ein aufgerüstetes China eines Tages die gleiche Politik treiben könnte, wie sie heute beispielsweise die Sowjetunion in Afrika und anderen Teilen der Welt treibt? Hat man vergessen, daß die Vereinten Nationen seinerzeit im Korea-Konflikt China als Aggressor gebrandmarkt haben?

Ich muß sagen, daß diese Politik, die hier betrieben werden soll, außerordentlich doppeldeutig ist. Nur Entspannung ist eine Perspektive für eine gesicherte Zukunft. Unsere Chance besteht in einer gleichwertigen Abrüstung und nicht in der Aufrüstung eines großen Staates auf dieser Erde.

Mattick (SPD): Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich mache keinen Hehl daraus, daß es mir bei einigen Reden vor allem am Anfang dieser Debatte zeitweilig kalt den Rücken heruntergelaufen ist. Ich konnte einen Moment den Gedanken nicht los werden: Lernen wir wirklich so wenig aus der Geschichte? Mir fiel dabei der Hitler-Stalin-Pakt ein.

Was hier in bezug auf die politischen Beziehungen zu China gesagt worden ist, so kann ich durchaus in den Chor derer einstimmen, die sich sehr positiv dazu geäußert haben.

Lassen Sie mich zunächst eine kurze Bemerkung zu dem **Verhältnis Deutschland — China** machen. Auch Deutschland war einmal stark engagiert. Insofern ist der Bericht auf Seite 2 nicht ganz korrekt. Ich erinnere an den Boxeraufstand zu Beginn des vorigen Jahrhunderts, an die Ermordung des deutschen Botschafters, an die internationale Streitmacht, die vom deutschen General Graf Waldersee geführt wurde, und an das deutsche Schutzgebiet Tsingtau.

Heute, meine Damen und Herren, hat die Bundesrepublik Deutschland die Beziehungen zu China entspannt; wir haben freundschaftliche Beziehungen. Das heißt, daß auch in Deutschland großes Verständnis für ein gutes Verhältnis zu China besteht. Die restriktive deutsche Waffenexportpolitik mit aktivem Engagement des Bundestages bedeutet für uns, keine Waffen außerhalb der NATO zu liefern. Der Export von Hubschraubern nach China, der in dem Bericht angeführt wird, erfolgte nur für zivile Zwecke. Insofern ist der Bericht nicht ganz korrekt.

Meine Damen und Herrn, ich möchte eine Warnung aussprechen. Wenn man sich hier einige Reden angehört hat, entstand das Bild einer möglichen **Einkreisungspolitik gegen die Sowjetunion.** Dieses Wort hat bei uns in Deutschland vor dem ersten und vor dem zweiten Weltkrieg eine verheerende Rolle gespielt und die deutsche Politik nachhaltig tragisch beeinflußt. Ich warne davor, ähnliche Gedanken in bezug auf die Sowjetunion zu haben.

Wir schätzen es, daß die Chinesen den Wunsch nach Herstellung der nationalen Einheit Deutschlands unterstützen. Aber bei der Debatte, die jetzt stattfindet — vor allem bei den Reden am Anfang der Debatte —, habe ich mich gefragt, wieso es möglich ist, daß die Versammlung sich so sachlich den Bericht des britischen Staatsministers angehört hat und mit Fragen untermauert hat. Darin kam das Bemühen und die Politik der Allianz deutlich zum Vorschein, die Spannungen weiter abzubauen und Abrüstungsverhandlungen möglichst mit Erfolg zu führen. Er deutete auch an, daß es auf beiden Ebenen — SALT II sowie MBFR — Chancen einer weiteren Entwicklung gibt. Dabei hätten wir doch fragen müssen: Was ist mit China los? Dann hätten Sie doch fragen müssen, wie der Herr Minister uns hier ein solches Bild malen kann, wo doch die von der Sowjetunion ausgehende Gefahr so groß ist, daß wir jetzt einen Weg suchen, uns mit China, ich möchte beinahe sagen: in eine Entwicklung der Einkreisung der Sowjetunion zu begeben. Es heißt: „Die Feinde meiner Feinde sind meine Freunde."

Ich möchte eine Bemerkung dazu machen, wie ich die Sowjetunion sehe. Ich bin Berliner, habe immer in Berlin gelebt und habe alles miterlebt, was Deutsche in den Brennpunkten mit der Sowjetunion erlebt haben können. Die Sowjetunion ist im Innern nicht so sicher, wie Sie es hier anscheinend empfinden. Sie hat tiefe Sorge, daß sie sich nicht schnell genug in eine sozialökonomische Situation hinüberrettet, wo die innere Unruhe oder Lethargie mit abgelöst werden könnte. In einem Fall, wie er hier angedeutet wird, würde die Sowjetunion meiner Ansicht nach folgendes beginnen. Um Kriege vorzubereiten oder auch einzuleiten, benötigt man für sein Volk und für sein Heer das Feindbild eines Gegners, der gegenübersteht. Ich bin nicht bereit, mitzuwirken, daß Europa sich dazu hergibt, der sowjetischen Führung dieses Feindbild anzubieten, so wie es Scharfmacher gibt, die dies auszuschöpfen bereit sind. Ich glaube, die Entwicklung, die wir gemeinsam mit der Sowjetunion eingeleitet haben, gibt denen in der Sowjetunion, die nicht zu den Scharfmachern gehören, die Möglichkeit, eine Politik mit einzuleiten, die sicher sehr mühselig sein wird und sicher immer wieder auch Rückfälle mit sich bringen wird —. Dies jetzt zu durchbrechen, indem man den Versuch macht, mit China zu einem System der gemeinsamen Feindbildposition für die sowjetische Bevölkerung und für das sowjetische Heer zu kommen, ist wohl die dümmste Politik, die man sich vorstellen kann.

Dies sagt nichts dagegen, daß wir mit China freundschaftliche Beziehungen haben und daß wir China helfen. Sicher werden einige China auch Waffen verkaufen. Wir werden es nicht tun. Die Konstruktion, die heute hauptsächlich in den ersten drei Reden zum Ausdruck gekommen ist, bedeutet jedenfalls den Bruch mit der Entspannungspolitik und eine Herausforderung der Sowjetunion.

Sie werden jetzt sagen: Die Sowjetunion fordert uns täglich in Afrika und Asien heraus. Das gibt eine lange Debatte, ob das so berechtigt ist. Wenn es so berechtigt wäre, wäre es immer noch die bessere Politik, die Sowjetunion in den Entspannungs-

prozeß hineinzuziehen, als daß wir den Weg für einen Rüstungswettlauf frei machen, der am Ende auf alle Fälle nicht zum Frieden führt.

Ich bitte, dies zu überlegen, auch bei der Entschließung. Wenn ich daran denke, in welchem Geiste einige diese Entschließung unterstützen, habe ich Sorge, ihr zuzustimmen. Ganz zustimmen kann ich ihr überhaupt nur, wenn die beiden letzten Absätze fallen.

Dr. Schwencke (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dies ist ganz bestimmt eine denkwürdige Debatte in der Geschichte der Westeuropäischen Union und für die Parlamentarier, die in ihr vertreten sind. Die leidenschaftliche Rede unseres Kollegen Margue hat das soeben ebenso deutlich gemacht wie die Rede unseres Kollegen Mattick aus Berlin. Auf der anderen Seite haben das die Reden von strikten Befürwortern von **Waffenlieferungen nach China** im ganzen Ausmaß gezeigt.

Es wird nicht nur Herrn Mattick, sondern auch manchem anderen so gegangen sein wie mir: daß uns der kalte Schweiß gekommen ist, weil wir befürchteten, daß hier etwas an strategischen Erwägungen zusammengebracht wird, was nicht zusammengehört, ja, daß hier durch solche Sprecher noch einmal ein Stück leidvoller deutscher und europäischer Geschichte, ohne Lehren daraus gezogen zu haben, rekapituliert werden soll: Die Welt ist nicht durch unsere Definition von „gut" und „böse" zu teilen.

Ich glaube, daß das deswegen eine denkwürdige Stunde ist, weil wir hier einen Bericht diskutieren, der eher von einem bösen Geist der Feindschaft als von einem guten Geist der Freundschaft beseelt ist. Dort wird sogar das Zitat verwendet, daß wer der Feind meiner Feinde ist, mein Freund sein müßte. Dieser böse Geist des Berichts — wie ich sagen möchte — paßt hier nicht hin. Es spiegelt sich dann auf Grund der Ausschuß-Interventionen allerdings nicht in dieser krassen Form in den Empfehlungen wider.

Da das alles so sehr auseinanderklafft — Bericht und Empfehlung —, kann ich mir gut vorstellen, daß ich nicht der einzige Abgeordnete bin, der sich einerseits mit aller Deutlichkeit für bessere Beziehungen — nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische — zu China ausspricht, der aber andererseits deutliche Grenzen für ein solches Vorgehen sieht, wenn damit der politische Entspannungsprozeß, den wir gemeinsam vertreten, gestört wird.

Mir ist es bei einigen Debattenbeiträgen so vorgekommen, als ob wir uns in einer Situation befänden, in der es um die Aufnahme eines achten Mitglieds in die WEU ginge. Daß gerade Konservative die Volksrepublik China in der Debatte so ehrfürchtig behandeln, scheint mir ein bißchen eigenartig zu sein. Spaß beiseite, der Ernst ist bitter genug: Wir dürfen in dieser Versammlung auch nicht die Tendenz aufkommen lassen, daß uns jedes Mittel recht sei, um den Feinden unserer Feinde dazu zu verhelfen, daß sie die gemeinsamen Feinde besser bekämpfen können: Wir dürfen sie nicht in eine Situation bringen, in der diese wiederum reagieren. Ich muß nicht wiederholen, was mein Kollege Geßner sehr einleuchtend und sehr deutlich gesagt hat: Wir als WEU können nur an der Fortführung der Entspannung interessiert sein. Alles, was dem zuwiderläuft, muß strikt abgelehnt werden.

Nun ist in diesem Bericht, der sicherlich eine ehrenwerte, fleißige Arbeit ist und mit viel Engagement geschrieben wurde, auch nicht alles richtig, was dort als richtig ausgegeben wird. Ich möchte nur auf ein paar solcher Punkte hinweisen, die China-Experten in der Bundesrepublik moniert haben. So ist es falsch, wie der Berichterstatter die Zusammenhänge von Außenhandels- und Exportpolitik — ich beziehe mich auf Ziffer 41 — darstellt. Hier ist anzumerken, daß die Wachstumsrate des chinesischen Außenhandels sich erstmals 1977 — auf optimal 12 % geschätzt — der industriellen Wachstumsrate von 14 % näherte, ohne sie aber letztlich zu überflügeln. In den Jahren davor war die Rate konstant; das Importvolumen — 1976 — war sogar rückläufig. Die Kreditpolitik ist also nicht als ursächlich für das Außenhandelswachstum der zurückliegenden Jahre anzusehen. Erst jetzt zeichnet sich der Schritt zu größerer Flexibilität ab.

Ich möchte noch ein weiteres — politisch gewichtigeres — Argument anführen, und zwar unter Bezugnahme auf die Ziffern 6 und 66 des Berichts. Es ist nicht richtig, daß Peking in größerem Umfang auf der Rückgabe der durch die „ungleichen Verträge" verlorengegangenen Gebiete beharrt. Experten, die die Entwicklung in diesem Raum und die Politik besser verfolgt haben als macher hier, skizzieren die Position folgendermaßen: Die Volksrepublik China beharrt auf prinzipieller Anerkennung der historischen Verträge als „ungleich". Daraus leitet sie einen Anspruch auf Grenzverlaufsverhandlungen ab, nicht aber einen Anspruch auf Rückgabe von Territorien in größerem Umfang.

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, gegen Ende einer solchen Debatte ist es sicherlich wichtig, daß man zugibt, daß man anders in die Debatte gekommen ist, als man aus ihr herauskommt. Ich habe vieles gelernt. Ich sehe jetzt vor allen Dingen manche Zusammenhänge klarer. Ich möchte vor dieser Versammlung sehr deutlich sagen, daß ich es als demokratischer Sozialist nicht verstehen kann, daß unsere konservativen Kollegen, deren demokratisches Engagement ich prinzipiell in gar keinem Fall anzweifeln möchte, in einer nicht geringen Zahl leichtfertig in eine bestimmte gefährliche Richtung zu gehen scheinen: Das muß allen nur zum Schaden werden. Ich kann nur dringend warnen!

Frau von Bothmer (SPD) (Vorsitzende des Politischen Ausschusses): Herr Präsident! Als der Ausschuß diesen Bericht auf sich nahm und Sir Frederic Bennett damit beauftragte, war uns natürlich klar, daß es ein schwieriges Problem sein werde

und daß es unvermeidlich sein werde, daß der Bericht kontrovers gelesen, aufgefaßt und auch diskutiert werde. Aber davon ausgehend, kann man feststellen, daß der Ausschuß übereinstimmend der Meinung war, daß gute **Beziehungen zu China** ein wichtiger Schritt für die Zukunft sein werden und daß diese guten Beziehungen unbedingt nötig sind, weil China eine kommende Weltmacht ist.

Weiter ist es für den Ausschuß selbstverständlich gewesen, daß es wohl angeht, wenn sich die WEU mit diesem Thema befaßt, weil es in unserem eigenen Interesse liegt, uns Gedanken über Verteidigung und Sicherheit zu machen. Das Zusammenspiel der Kräfte auf dieser Welt, das damit zusammenhängt, darf dabei natürlich nicht aus den Augen verloren werden. Bei all den Debattenreden, die wir heute gehört haben und die zum Teil sehr heftig die UdSSR angegriffen haben, meine ich, sollten wir dieses Ziel im Auge behalten: Wir haben uns entschlossen, Zusammenarbeit und Sicherheit in Europa, aber auch in der Welt zu unterstützen und zu unserer Sache zu machen, weil wir immer wieder erfahren, daß dann, wenn wir dieses Entspannungsbemühen aufgeben, eine Koexistenz von Ost und West oder der großen Gegensätze in dieser Welt nicht denkbar ist.

Deswegen ist auch eine direkte **Verteidigungsunterstützung für China** ein äußerst schwieriges und kontroverses Problem. Wenn man diese Forderung im Ernst unterstützt, dann muß man sich darüber im klaren sein, daß die UdSSR sich provoziert fühlt. Das könnte vielen von uns egal sein. Aber es kann uns insofern nicht ganz egal sein, als das zu einer allgemeinen Rüstungssteigerung führt, durch die Verhandlungen wie z. B. SALT II absolut unnötig würden und aufgegeben werden könnten. Es würde dann nicht nur von russischer Seite ein Rüstungswettlauf stattfinden, sondern an ihm würden natürlich auch andere Mächte dieser Welt teilnehmen.

Entspannung ist für uns existentiell notwendig — das glaube ich wirklich —, was immer der einzelne darunter verstehen mag und wie verschiedenartig die Auffassungen sind, wenn wir darangehen. Entspannung erscheint mir notwendig, und dies ist auch im Ausschuß des öfteren zur Sprache gekommen. Es wäre bestimmt nicht ohne Folgen und ohne Bedenken, wenn der schwierigste Partner der **Entspannungspolitik**, nämlich die UdSSR, durch das, was Westeuropa in diesem Zusammenhang beschließt oder tut, dazu gebracht würde, nur noch zu rüsten und nicht mehr zu reden. Wie wenig man allein auf Reden völlig vertrauen kann, wissen wir alle. Dennoch ist das Miteinanderreden unabdingbar. — Gerade darin liegt Westeuropas Chance: das Gleichgewicht zu halten — zu versuchen, es zu halten — und eine Balance zu tragen, aus der heraus auch die Basis guter Beziehungen zu China verstanden werden kann. Ich glaube, das sollte angestrebt werden.

Vielleicht habe ich diese letzten Bemerkungen nicht im Namen aller Mitglieder des Ausschusses gemacht. Aber ich halte sie für bedenkenswert im Rahmen dieser Arbeit.

Mittwoch, den 21. Juni 1978

Tagesordnungspunkt:

Internationaler Terrorismus

(Drucksache 771)

Berichterstatter: Abg. Dr. Müller

Dr. Müller (CDU/CSU): Herr Präsident! Liebe Kollegen! Uns allen werden wahrscheinlich die Bilder unvergeßlich bleiben, die dank des Mediums Fernsehen in alle Welt gingen, als der Vorsitzende der Christlich-Demokratischen Partei Italiens, Aldo Moro, oder der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes der Bundesrepublik Deutschland, Hanns Martin Schleyer, von Terroristen ermordet aufgefunden wurde. Unvergeßlich werden uns auch die Bilder bleiben, die zeigten, wie jene Terroristen kaltblütig Fahrer und Begleitmannschaft der beiden Herren ermordet haben.

Politischer Mord ist an und für sich etwas Uraltes in der Geschichte der Menschheit. Nicht nur Cäsar wurde von Brutus ermordet. Aber es gibt heute eine neue Qualität des politischen Mordes, die sich vor allem dadurch auszeichnet, daß die Motivation für diese Morde oft undefinierbar ist und daß die Auswahl der Opfer oft wahllos ist. Ich denke nur daran, daß von politischen terroristischen Aktionen genauso betroffen waren unschuldige Arbeiter in einer Druckerei in Hamburg wie Arbeiter und Rentner, die abends nach Hause fuhren und durch explodierende Bomben in Schließfächern verletzt oder getötet wurden. Frauen und kleine Kinder waren von der Luftpiraterie betroffen, und die Sprengung eines Busses, der Touristen durch ein Land fährt, hat ja gerade nichts mit einer direkten politischen Aktion zu tun.

Seit den Jahren 1966 und 1967 erleben wir eine Eskalation des **Terrorismus**. Ich darf einmal an dem Beispiel des Terrorismus in meinem Lande, in der Bundesrepublik, eine Linie aufzeigen.

Aus einer linksradikalen Organisation, die am Anfang unter anderem mit Hilfe von Geldern aus der Deutschen Demokratischen Republik aufgebaut worden war, entwickelte sich die Keimzelle eines sinnlosen Kampfes aller gegen alle. Am Anfang stand eine gewisse geistige Verwirrung. Man verteidigte Gewalt gegen Sachen. Es gab bestimmte Philosophen — ich denke nur an Herbert Marcuse —, die eine neue Form des weltweiten Kampfes deklarierten. Man begann sogar im Bereich des Erziehungswesens — man braucht ja nur an die antiautoritären Kinderläden etwa zu denken — eine Umfunktionierung aller Werte vorzunehmen. Es ist sicher nicht von ungefähr, daß einer der führenden Köpfe der Rote-Armee-Fraktion, Jan-Carl Raspe, einer der Chefideologen dieser antiautoritären Erziehungsbewegung war. Sein Aufsatz in Heft 17 des „Kursbuches" von Enzensberger ist auch heute noch lesenswert. Es gab andere Schriftsteller, die „Steckbriefe" verfaßten, die dann zur Anregung wurden,

wenn ich nur an den Fall von Hanns-Martin Schleyer denke. Sie alle waren Stationen auf dem Wege der Eskalation.

Auch der Kreis der Sympathisanten hat sicher mit dazu beigetragen. Da wurde Geld für Waffen gespendet von Leuten, die des öfteren im Fernsehen auftraten und eine Rolle spielten. Da haben bekannte Kulturschaffende die Bereitschaft gezeigt, in einem „Rechtshilfefonds" Gelder zu sammeln, um den internationalen Terrorismus zu unterstützen.

Auch die internationalen Verbindungen sind immer größer geworden. Wir wissen von den Querverbindungen etwa der Brigate Rosse in Italien zur Rote-Armee-Fraktion in der Bundesrepublik. Wir wissen, daß dieser Terrorismus in unterschiedlichen Formen auftritt und daß die einzelnen Länder in der Intensität unterschiedlich betroffen sind, daß aber kaum ein europäisches Land davon verschont bleibt, ob das die Bundesrepublik Deutschland ist, ob das Italien ist, wo die krassesten Beispiele bekannt sind. Aber auch neutrale Staaten wie Österreich oder die Schweiz oder kleine Staaten wie Holland sind von dieser Welle des internationalen Terrorismus betroffen. Man kennt keine Grenzen mehr bei den Terroristen. Sicher hat der Fortschritt der europäischen Einigungsbewegung, der die Grenzen Gott sei Dank durchlässiger gemacht hat, der logistischen Struktur des Terrorismus geholfen.

Selbst die Ost-West-Grenzen spielen dabei kaum eine Rolle. Wir wissen, daß Ulrike Meinhof und Andreas Baader nach der Befreiungsaktion in Berlin damals über den Ostberliner Flughafen Schönefeld in den Nahen Osten gegangen sind. Wir wissen, daß allein drei der in Turin angeklagten Mitglieder der Brigate Rossee, obwohl nach ihnen in Italien schon gefahndet worden war und sie steckbrieflich gesucht waren, eine Chance gegeben war, in der Tschechoslowakei zu wirken. Wir sehen, daß die Durchlässigkeit der Grenzen und die Wirkungsmöglichkeiten des Terrorismus sehr groß geworden sind.

Die Quantität des Terrorismus hat — um mit Friedrich Engels zu sprechen — eine neue Qualität geschaffen. Für mich als Abgeordneten einer parlamentarischen Demokratie wiegen am schwersten die Eingriffe in den zivilen und freiheitlichen Bereich, die durch die Bekämpfung des Terrorismus zum Teil notwendig geworden sind. Selbst die freie Meinungsäußerung wird durch die Terroristen oder durch die Folgeerscheinungen der Terroristen gelegentlich in Frage gestellt. Ich selbst wurde z. B. von dem Organ einer Regierungspartei in meinem Lande angegriffen, weil ich mich dafür einsetzte, daß ein Künstler auch dann seine Meinung frei äußern kann und darf, wenn er auf der anderen Seite eine terroristische Vereinigung sogar unterstützt.

Etwas anderes ist die Frage, ob es erlaubt sein kann, daß der Staat oder staatliche Instanzen derartigen Sympathisanten des Radikalismus zur Seite stehen. Auch wer direkt zur Gewaltanwendung auffordert, soll die Strenge des Gesetzes erfahren.

Ich möchte hier ausdrücklich anerkennen, daß die meisten, ja, fast alle Parteien des demokratischen Verfassungsbogens in Europa die Schwierigkeiten der Terrorismusbekämpfung erkannt haben und bereit waren, auch hier gemeinsam zu arbeiten. Auch die Kommunistische Partei Italiens war z. B. damit einverstanden, daß ein Sender wie Radio Alice in Bologna, der direkt zur Gewaltanwendung aufforderte, nicht mehr senden durfte.

Der internationale Terrorismus, liebe Kollegen, erfordert — daran besteht kein Zweifel — auch eine internationale Antwort. Die **Westeuropäische Union hat eine besondere Kompetenz**, die sich vor allem aus Art. V des Protokolls des geänderten Brüsseler Vertrages ergibt. Ich möchte hier in meiner einführenden Rede nicht im Detail auf diese Kompetenz eingehen. Ich bin auf sie ausdrücklich in meinem Bericht eingegangen, der Ihnen vorliegt. Ich darf auf die entsprechenden Passagen verweisen. Die Frage der Zuständigkeit scheint mir geklärt zu sein.

Das Problem der **inneren Sicherheit** bedarf meiner Ansicht nach eingehender Konsultationen im Rat der Westeuropäischen Union. Denn es gibt keinen Zweifel, daß die innere Sicherheit sehr eng mit dem eigentlichen Zweck der Westeuropäischen Union, dem Verteidigungsauftrag, verbunden ist. Auch das Zusammenwirken etwa verschiedener Einrichtungen der Terrorismusbekämpfung in den Mitgliedsländern der Westeuropäischen Union bedarf meiner Ansicht nach einer eingehenden Konsultation. Ich will das nur an einem Beispiel aufzeigen: Etwa die Aufstellung oder der Einsatz von bestimmten Sondereinheiten nicht im eigenen Land, sondern in einem anderen Land, etwa in einem Mitgliedsland der Westeuropäischen Union, erfordert doch vorher oder vorbereitend eingehende Konsultationen. Daß dies aktuell ist, wissen wir alle. Ich brauche nicht erst an den Einsatz einer deutschen Sondereinheit — der GSG 9 des Bundesgrenzschutzes — außerhalb der Grenzen der Bundesrepublik Deutschland zu erinnern.

Die Mitgliedsländer der WEU sind auf Grund des Art. V zur Berichterstattung darüber verpflichtet, wie es um die Einrichtungen der internen Verteidigung bestellt ist, wie stark die Einheiten für die interne Verteidigung und die Polizei sind, wobei es natürlich immer sehr schwierig ist, hier genaue Definitionen vorzunehmen, da ja verschiedene Zuständigkeiten in einzelnen Ländern vorhanden sind, da verschiedene Ministerien verantwortlich sind und es keine einheitliche Handhabung in den Mitgliedsländern gibt. Ich habe das Gefühl, daß diese Berichterstattung, die in den jährlichen Berichten vorgenommen wurde, im Laufe der Jahre zu einer gewissen Routine erstarrt ist. Man hat die Berichte entgegengenommen, man hat sie zur Kenntnis genommen, man hat sie ad acta gelegt, d. h. sie sind in die Dokumente des Rates eingegangen. Ich bezweifle aber, daß eine ausführliche Diskussion der Situation und der Lage stattgefunden hat.

Wenn sich jetzt die beratende Versammlung der Westeuropäischen Union mit diesen Problemen beschäftigt, wenn wir hier eine Initiative ergriffen haben, um das Problem des internationalen Terrorismus eingehender zu erörtern, so soll das auch eine

Aufforderung an den Rat sein, sich intensiver mit diesen Fragen auseinanderzusetzen. Ich glaube, daß durch diese Diskussion vor allem angeregt werden soll — das geht ja aus der Resolution hervor —, daß jegliche Unterstützung — ganz gleich, in welcher Art, etwa auch durch Asylgewährung — von politischen Terroristen in den Mitgliedsländern der Westeuropäischen Union ausgeschlossen werden soll, daß eine Gruppe eingerichtet werden soll, um die Antiterrormaßnahmen zu koordinieren, eine Gruppe, die nach dem Beispiel einer Einrichtung wie Interpol aufgebaut sein soll, und daß die Koordination von gemeinsamen Aktionen gewährleistet sein soll.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, die größte Bedrohung durch den Terrorismus — ich sage es noch einmal — ist für mich nicht die unmittelbare Bedrohung von Leib und Leben des einzelnen Bürgers in unseren Demokratien, sondern die größte Bedrohung durch den Terrorismus ist die direkte Herausforderung, die direkte Bedrohung der — so möchte ich es einmal sagen — Verfassung dieser freiheitlichen Demokratien. Wir wollen ja unsere freiheitliche Grundordnung in den Mitgliedsländern der Westeuropäischen Union aufrechterhalten; wir wollen sie als Demokraten ausbauen. Aber gerade die Erhaltung dieser Demokratie ist durch terroristische Aktionen gefährdet, weil diese terroristischen Aktionen auch verständliche Emotionen in weiten Kreisen der allgemein betroffenen Bevölkerung erregen.

Wir, die Parlamentarier der Westeuropäischen Union, haben hier eine besondere Wächterfunktion. Wir glauben, daß der Rat der Versammlung über die Maßnahmen, die er zur Bekämpfung des Terrorismus ergriffen hat, berichten sollte. Wir sind der Meinung, daß hier ein ständiger Meinungsaustausch stattfinden sollte. Der Rat sollte mit dem General Affairs Committee in einen gegenseitigen Meinungsaustausch eintreten. Er sollte berichten, was geschieht, und die Anregungen aus dem Lager der Parlamentarier sollten auch dort eingebracht werden können. Ein ständiger Dialog sollte sozusagen die Folge sein.

Es wäre ein Sieg der terroristischen Systemveränderer, wenn die westeuropäischen Staaten sich nicht in der Lage sähen, entschlossen und kraftvoll gemeinsam zu handeln, um die demokratischen Errungenschaften vor denjenigen zu schützen, die sie vernichten wollen. In diesem Sinne erstatte ich diesen Bericht. In diesem Sinne appelliere ich an Sie, diesen Bericht anzunehmen, um so einen neuen Ausgangspunkt für die Auseinandersetzung mit dem gefährlichen internationalen Terrorismus zu finden.

Dr. Müller (CDU/CSU): Herr Präsident! Liebe Kollegen! Zunächst einmal möchte ich mich herzlich für die Diskussionsbeiträge, die abgegeben worden sind, bedanken. Sie waren alle konstruktiv. Sie waren ein Beitrag zur Erörterung und zur Ausweitung der Behandlung des gesamten Problemkreises, der in unserem Empfehlungsentwurf angesprochen ist.

Lassen Sie mich ganz kurz auf die Amendments eingehen, weil ich der Meinung bin, daß Sie meinen Standpunkt als Rapporteur ganz klar kennen sollten.

Zunächst zum Amendment No. 1 des Kollegen Hardy: Man kann natürlich darüber diskutieren, ob es sinnvoll ist, eine solche Formulierung in dieser Resolution zu haben. Es würde auch nicht schaden, wenn wir sie strichen. Ich bin der Meinung, daß wir das Amendment des Kollegen Hardy durchaus unterstützen können, das vorsieht, den Paragraphen 4 aus der Draft Recommendation zu streichen.

Zu dem Amendment No. 3 des Kollegen Calamandrei und Genossen: Ich bin der Meinung, daß man auch diesem Amendment zustimmen kann. Es ist tatsächlich so, daß es eine Einschränkung der Wirkungskraft dieser Empfehlung zur Folge hätte, wenn wir die Motive, die wir aufgezählt haben, als die gefährlichen terroristischen Motive betrachteten. Niemand weiß, was für ein Motiv terroristische Aktionen in ein paar Monaten oder im nächsten Jahr auslösen kann. Insofern stimme ich dem Kollegen Calamandrei hier zu und unterstütze sein Amendment No. 3.

Das gleiche gilt auch für Amendment Nr. 4. Natürlich wird der Terrorismus nicht nur international bekämpft. Er wird auch national bekämpft. Ich glaube, das ist eine Selbstverständlichkeit. Der Vorschlag, statt „only" „also" in den englischen Text einzusetzen, findet auch meine Zustimmung.

Anderer Meinung bin ich, was das Amendment No. 2 betrifft, das vom Kollegen Stoffelen hier eingebracht wurde. Der Kollege Stoffelen hat in seiner Rede auch versucht, die Motive dafür zu erläutern, warum er dieses Amendment hier eingebracht hat. Er bezog sich unter anderem dabei auf die Erörterungen, die es im Bereich des Europarates gibt.

Liebe Kollegen, wir dürfen nicht vergessen: Wir sind die Versammlung der Westeuropäischen Union. Hier sind die Vertreter von sieben Ländern mit einem ganz besonderen Auftrag versammelt, während der Europarat mit 20 Mitgliedstaaten eine viel breitere Zusammensetzung und andere Aufgaben als die Westeuropäische Union hat.

Ich glaube, den Text, der von mir vorbereitet wurde und in dem es heißt, daß die Möglichkeiten und die Mittel zu studieren und zu prüfen seien, wie die Mitgliedsländer der Westeuropäischen Union jeden anderen Staat überzeugen können, Terroristen kein Asyl zu geben oder andere Hilfe zu gewähren, muß man bejahen. Ich möchte das gerade auch im Hinblick auf das, was unser spanischer Gast heute gesagt hat — er ist auf diesen Punkt ausdrücklich eingegangen —, unterstreichen. Ich möchte ihm ausdrücklich für seinen Beitrag in dieser Debatte danken. Gerade Spanien, Herr Präsident, ist ein Land, das auf dem Wege von der Diktatur zur Demokratie von terroristischen Kräften bedroht wird. Wir müssen daran interessiert sein, daß die terroristischen Kräfte in diesem Land keine Chance haben; denn andernfalls wäre der Aufbau der Demokratie gefährdet.

Ich plädiere also ausdrücklich dafür — ich betone es noch einmal —, daß das Amendment No. 2 des Kollegen Stoffelen abgelehnt wird, während ich für die Annahme der Amendments No. 1, No. 3 und No. 4 der Kollegen Hardy und Calamandrei eintrete.

Lassen Sie mich meine Bemerkungen mit einem ganz kurzen aktuellen Hinweis schließen. Während wir hier debattieren, in der Zeit seit der Eröffnung der Debatte, hat sich wieder ein terroristischer Gewaltakt ereignet. Mir ist gerade die dringende Fernschreibmeldung hierher gebracht worden. Ich darf sie Ihnen bekannt geben. Es handelt sich um einen terroristischen Akt in Italien. Der frühere Chef der Antiterrorgruppe in Genua, Antonio Esposito, der zur Zeit Chef des Polizeikommissariats in Nervi ist, wurde heute vormittag ermordet. Wir sehen: Der internationale Terrorismus hat wieder einmal ein Opfer gefunden. Es soll für uns ein Auftrag sein, alles zu tun, um diese Bestie Terrorismus zu bekämpfen.

Frau von Bothmer (SPD) (Vorsitzende des Politischen Ausschusses): Herr Präsident! Wie die Debatte gezeigt hat, hat sich das bewahrheitet, was wir auch schon in der Diskussion des Ausschusses herausgefunden hatten, nämlich daß dieses Problem ein ungewöhnlich schwieriges ist; denn einerseits ist die Bekämpfung des **Terrorismus** ein innenpolitisches Problem, bei dem es um den Einsatz der Polizei der Länder geht, andererseits ist durch den **Brüsseler Vertrag** ganz klar eine **Kompetenz** für uns mit der Aufgabe zu internationaler Zusammenarbeit gegeben. Weil der Terrorismus längst über die Staatsgrenzen hinausgegriffen hat, ist es notwendig geworden, daß wir uns damit befassen und daß wir zu diesem wichtigen und diffizilen Thema einen Berichterstatter ernannt haben, der das Thema sehr sachlich angegangen ist.

Es bedarf ganz bestimmt eines großen politischen Taktes des Ministerrates, damit sich die Regierungen in einer Weise mit dem Terrorismus befassen, durch die die Zusammenarbeit gefördert wird und dennoch keine Eingriffe in innenpolitische Aktionen in der Weise stattfinden, daß es zu Reibungen kommen könnte.

Im Gegenteil: Ich sehe eine wichtige Aufgabe bei der Absprache der Regierungen über dieses schwierige Thema darin, daß verhindert wird, daß Mißverständnisse auftauchen — z. B. dann, wenn etwa der eine oder andere Staat besondere Maßnahmen ergreifen muß, die ihm im Augenblick notwendig erscheinen. Es ist bisher des öfteren so gewesen, daß auf anderen Seiten ein gewisses Unverständnis entstand, das zu politischem Zündstoff werden könnte.

Ich erhoffe mir nicht zuletzt auch von dieser Aussprache hier und von den Empfehlungen, die an den Ministerrat gegeben werden, daß der politische Zündstoff ausgeräumt und die Zusammenarbeit verbessert wird.

Abg. Stoffelen schlägt in einem Änderungsantrag vor, im Abs. 5 der nachstehenden Empfehlung 314 die Wörter „Asyl oder anderweitige" zu streichen.

Dr. Müller (CDU/CSU): Ich möchte noch einmal gegen die Annahme dieses Amendments sprechen. Wenn die Begründung richtig wäre, die der Kollege Stoffelen gerade gegeben hat, nämlich daß wir uns bereits an anderer Stelle — in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates — mit dieser Frage beschäftigt haben, dann frage ich: Warum haben wir uns hier überhaupt mit der Frage des Terrorismus beschäftigt, denn im Europarat haben wir dieses Thema ja bereits erörtert?

Nun müssen wir wissen — ich habe das vorhin ja betont — daß die Zusammensetzung des Europarates eine andere ist als die der Westeuropäischen Union. Hier sind sieben Länder mit ganz bestimmten politischen Aufträgen und Zwecken des Brüsseler Vertrags vertreten, während im Europarat 20 Länder unter ganz anderen Aspekten zusammengeschlossen sind. Hier soll ja nicht etwas beschlossen werden, was dem widerspricht, was in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates beschlossen wurde. Hier soll beschlossen werden — ich weise noch einmal darauf hin —, daß die Regierungen die Mittel studieren sollen, wie andere Staaten — nicht etwa nur europäische Staaten oder die Mitgliedstaaten des Europarates, sondern alle anderen Staaten — überzeugt werden können, Terroristen oder terroristischen Organisationen keinerlei Hilfestellung — ganz gleich, in welcher Art — zu gewähren.

Liebe Kollegen, kann man eigentlich mehr verlangen, als daß sich die Regierungen darüber Gedanken machen, mit uns in einen Meinungsaustausch — den wir ja wollen und den ich für die Versammlung ausdrücklich gefordert habe — darüber eintreten und uns dann berichten, zu welchen Ergebnissen sie gekommen sind?

Ich möchte also noch einmal entschieden dafür plädieren, das Amendment des Kollegen Stoffelen zurückzuweisen.

(Der Änderungsantrag des Abg. Stoffelen wird abgelehnt)

Empfehlung 314

betr. den internationalen Terrorismus

Die Versammlung

ist der Auffassung, daß die Anwendung terroristischer Methoden durch Organisationen jedweder Schattierung eine Herausforderung an die Ausübung der Demokratie durch die westeuropäischen Länder darstellt und die Gefahr in sich birgt, deren Sicherheit zu gefährden;

ist der Auffassung, daß die Entwicklung der modernen Technologien die industrialisierteren Länder gegenüber terroristischen Organisationen besonders verletzlich macht;

vermerkt, daß der Rahmen der terroristischen Aktionen sich über die nationalen Grenzen hinaus ausgeweitet hat;

ist deshalb der Auffassung, daß der Terrorismus ein Problem darstellt, das auch in einem internationalen Rahmen behandelt werden kann, wie dies der Europarat mit der Vorbereitung einer europäischen Konvention tat, die sich auf Fragen erstreckt, die in seinen Kompetenzbereich fallen;

bedauert die Tatsache, daß bestimmte souveräne Staaten terroristischen Unternehmen oft passive und manchmal sogar aktive Unterstützung gewährt haben;

stellt fest, daß diese Bewegungen seit 1970 besonders aktiv geworden sind und die Regierungen einiger Mitgliedsländer dadurch zwingen, ihre Streitkräfte für die bodenständige Verteidigung und ihre Polizeikräfte in erheblichem Maße zu verstärken;

vermerkt, daß der geänderte Brüsseler Vertrag dem Rat im Hinblick auf die Bekämpfung des Terrorismus besondere Kompetenzen gibt;

begrüßt die Tatsache, daß der Rat 1970 und in den darauffolgenden Jahren im Hinblick auf die Bekämpfung der Luftpiraterie und den Schutz von Diplomaten die Initiative zur Ausübung seiner Kompetenzen ergriffen hat;

empfiehlt dem Rat,

1. die Ratifizierung der vom Europarat ausgearbeiteten und von den Mitgliedsregierungen bereits unterzeichneten Konvention über den Terrorismus durch die Mitgliedstaaten der WEU zu fördern;
2. bei der Annahme der von den Mitgliedsländern vorgelegten Übersichten über ihre Streitkräfte für die bodenständige Verteidigung und ihre Polizeikräfte die Gründe zu prüfen, die Veränderungen in diesen Übersichten rechtfertigen;
3. dabei zu versuchen, die Bedingungen zu koordinieren, unter denen solche Kräfte zur Bekämpfung des Terrorismus eingesetzt werden können;
4. die politischen Konsultationen zwischen seinen Mitgliedern zu fördern, um internationale Lösungen für Probleme zu finden, die die Gefahr in sich bergen, terroristische Aktivitäten hervorzurufen;
5. die Mittel zu prüfen, mit denen Westeuropa wirksam jeden Staat davon abhalten kann, Terroristen Asyl oder anderweitige Unterstützung zu gewähren;
6. die Mitgliedsregierungen aufzufordern, alle vereinbarten Maßnahmen strikt anzuwenden, um ihre Solidarität gegenüber terroristischen Bedrohungen unter Beweis zu stellen;
7. der Versammlung in geeigneter Weise über die Maßnahmen zu berichten, die er unternommen hat, um der Herausforderung des internationalen Terrorismus zu begegnen.

Tagesordnungspunkt:

Europäische Sicherheit und Probleme in Afrika

(Drucksache 772)

Berichterstatter: Abg. Dr. Müller

Dr. Müller (CDU/CSU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum zweitenmal innerhalb kurzer Zeit beschäftigen wir uns in dieser Versammlung mit den **Problemen Afrikas** und ihren Auswirkungen auf die Westeuropäische Union. Als wir uns in der letzten Plenarversammlung das erste Mal mit dieser Frage auseinandersetzten, war nicht vorauszusehen, welche politische Entwicklung in einzelnen Gebieten Afrikas eintreten könnte. Der Rapporteur kann — so möchte ich fast sagen — mit einer gewissen Befriedigung feststellen, daß er mit seinen Äußerungen, die er vor einiger Zeit hier in dieser Versammlung zu den afrikanischen Fragen gemacht hat, nicht allzu schief gelegen hat. Er war zwar kein politischer Prophet, er konnte nicht alles voraussehen, was sich dort ereignet, aber er lag in seiner Einschätzung auch nicht abseits von der politischen Entwicklung. Leider hat sich manches bestätigt, was damals in der letzten Versammlung von mir befürchtet wurde.

Lassen Sie mich noch einmal ein Bild von Afrika zeichnen. In meinem Büro zu Hause hängt eine Landkarte von Afrika aus dem Jahre 1806. Auf dieser Landkarte, die noch gar nicht so sehr alt ist, sind nur die Küstenstreifen und vielleicht noch die Regionen entlang der Flußläufe klar dargestellt. Alles andere stellt sich als ein weißer Fleck dar. Wir wissen, daß z. B. der Viktoriasee, der größer als das Bundesland Bayern in der Bundesrepublik ist, für Europa überhaupt erst vor 120 Jahren von zwei Engländern entdeckt worden ist. Um so erstaunlicher ist es, wie sehr wir heute mit diesem Kontinent Afrika beschäftigt sind und wie sehr wir uns mit den Fragen dieses Kontinents auseinandersetzen müssen.

Mit der Phase der Entdeckung, die etwa Mitte des vergangenen Jahrhunderts begann, setzte eine Phase der europäischen **Kolonialisierung** ein, die — der Zeit des 19. Jahrhunderts entsprechend — zu bestimmten Konsequenzen führte, mit denen wir uns heute im Guten und im Bösen noch auseinanderzusetzen haben. Das Zeitalter des Kolonialismus im 19. Jahrhundert war ja ein Zeitalter, in dem alle europäischen Staaten an der Kolonialisierung mitwirkten. Die einen waren in Afrika daran beteiligt, die anderen — ich denke beispielsweise an das zaristische Rußland — eroberten sich Asien. Wir wissen, daß die Folgen dieser Kolonialisierungspolitik uns auch heute noch vor einige Probleme stellen. Ich möchte hier — dies ist die einzige historische Bemerkung, die ich noch machen möchte — auf einen sehr interessanten internationalen Kongreß hinweisen, der sich im Jahre 1907 mit der Frage des Kolonialismus beschäftigt hat. Es war der Kongreß der Sozialistischen Internationale In Stuttgart, auf dem es — nach Abwägung von Mehrheits- und

Minderheitsmeinungen — die Meinung der Mehrheit der Delegierten war, daß die Kolonialpolitik eine Aufgabe der europäischen Industrienationen und Kulturvölker — wie man sich damals ausdrückte — sei. Vor allem der holländische Delegierte van Kol, aber auch eine Reihe deutscher und englischer Sozialdemokraten waren der Meinung, daß Kolonialpolitik zwar natürlich nicht Ausbeutung sein dürfe, daß die europäischen Staaten aber eine Verpflichtung hätten, ihre kulturellen Werte anderen Nationen weiterzugeben und so zur Entwicklung dieser Nationen beizutragen.

Meine sehr geehrten Kollegen, eine solche Diskussion wäre 60 oder 70 Jahre später nicht möglich. Sie würde heute unter ganz anderen Aspekten geführt werden. Trotzdem: Das Zeitalter der Entkolonialisierung, das nach dem zweiten Weltkrieg begonnen hat, hat leider manches von dem in die Gegenwart hereingebracht, was aus dem 19. Jahrhundert stammt. Manche Konflikte in Afrika — denken wir nur an die Konflikte am Horn von Afrika, die ja heute so aktuell sind —, sind Folgen einer kolonialen Entwicklung, weil willkürliche Grenzen gezogen worden sind — je nach dem Einflußbereich von Großmächten —, bei denen auf Stammes- und Sprachengemeinsamkeiten keine Rücksicht genommen wurde. In späteren Jahren, nämlich eben im Zeitalter der Entkolonialisierung, stellten diese gemeinsamen Stammes- und Sprachbindungen dann natürlich einen Konfliktstoff im Verhältnis der inzwischen souverän gewordenen Staaten dar.

In manchen Fällen war es auch so — ich möchte das ganz offen sagen —, daß die Entkolonialisierung in einigen Ländern etwas überstürzt vor sich ging. Ich glaube, einige der Probleme, die wir heute in Zaire, dem ehemaligen Belgisch-Kongo, haben, hätten vielleicht nicht in dieser Schärfe aufzutreten brauchen, wenn der Übergangsprozeß vom reinen Kolonialismus zu einem souveränen Staat sich über eine längere Phase erstreckt hätte, wenn es also mehr Hilfestellung bei der Bildung dieses neuen Staates gegeben hätte.

Der Einfluß Europas in Afrika ist nach wie vor ein beherrschender Einfluß. Ich meine damit nicht den politischen Einfluß, sondern den Einfluß europäischer Sprachen, europäischer Kultur, europäischer Sitten und natürlich auch den Einfluß von europäischer Wirtschaft und von Industrialisierung.

Meine lieben Kollegen, die Probleme, die wir heute in Europa mit den **Rohstoffen** haben, sind keine Probleme des 19. Jahrhunderts. Die industrielle Revolution des 19. Jahrhunderts und die Technologierevolution des 20. Jahrhunderts haben beide dazu beigetragen, daß Kontinente wie Afrika für die Industrienationen interessant geworden sind. Im 19. Jahrhundert wurde das Eisenerz für die europäischen Eisenhütten noch in Europa gewonnen. Gelegentlich haben die europäischen Staaten um die Bergwerke sogar noch Krieg geführt. Heute kommt ein großer Teil dieser Rohstoffe aus Afrika und aus anderen Ländern. Es ist klar, daß die technische und industrielle Entwicklung auch hier einen ganz wesentlichen Einfluß hat.

Ich sprach davon, daß Europa den afrikanischen Kontinent immer noch präge. Vergessen Sie bitte nicht, wie in Parlamenten, wie in Regierungen bei Verhandlungen dort gesprochen wird: französisch, englisch oder auch italienisch. Die europäische Sprache ist nach wie vor bildend und stellt oft eine einheitliche Klammer für einzelne afrikanische Staaten dar, wenn z. B. der eine Staat Französisch und der andere Staat Englisch spricht.

Wenn ich von Europa spreche, sehe ich als Demokrat dieses Europa natürlich auch in der Tradition der Werte der Freiheit, in der Tradition der Werte auch der — wenn Sie so wollen — bürgerlichen Revolution von 1789: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Parolen wie diese sind in die Ideengeschichte eingegangen, aber sie sind, wie wir wissen, nicht überall verwirklicht worden, was die Rechte des Individuums und die **Menschenrechte** betrifft. Wenn ich an diese Tradition Europas anknüpfe, muß ich darauf hinweisen, daß in Afrika an den verschiedensten Orten — ich will hier gar keine Aufzählung vornehmen; meine Redezeit würde bei weitem überschritten, wenn ich die Staaten aufzählte, in denen Menschenrechte verletzt werden — Menschenrechte entweder verletzt werden oder überhaupt noch nicht Wirklichkeit geworden sind. Das gilt auch für die Südafrikanische Union, für Rhodesien und selbstverständlich auch für Namibia. Dies gilt aber nicht nur für diese Länder, in denen Apartheidspolitik, Rassentrennungspolitik betrieben wird, die gegen Menschenrechte ist, sondern es gilt in dem gleichen Maße auch für die anderen Staaten, in denen zum Teil viel schlimmere Dinge — Folterungen brutalster Art — passieren und die man als Rechtsstaat im eigentlichen Sinne überhaupt nicht bezeichnen kann.

Europäische Tradition im guten Sinne als Tradition der Menschenrechte und der Demokratie bedeutet für uns als europäische Parlamentarier natürlich auch eine besondere Verantwortung gegenüber diesem afrikanischen Kontinent, nämlich die Verantwortung, auf die Einhaltung der Menschenrechte zu achten und für die Einhaltung dieser Menschenrechte einzutreten.

Nun wissen wir, meine lieben Kollegen, daß eine Entwicklung im Fluß ist — ich darf jetzt nur einmal auf den südafrikanischen Teil hinweisen —, die uns gewisse Hoffnungen gibt. Ich persönlich hoffe inständig, daß der Versuch mit der internen Lösung in **Rhodesien** dazu führt, daß die Mehrheit der Bevölkerung Rhodesiens in freier Selbstbestimmung ein freies und unabhängiges Rhodesien schafft, oder wie immer sein Name sein wird, etwa Zimbabwe; man knüpft ja in Afrika Gott sei Dank, auch an alte Traditionen an. Möglichst wenig Blut soll noch vergossen werden, bis dieses Ziel erreicht ist. Ich meine, alle diejenigen — ganz gleich, auf welcher Seite —, die noch zum Blutvergießen beitragen, muß unsere Verachtung treffen.

Ich hoffe auch, daß sehr bald eine Lösung der **Namibia**-Frage zustande kommt. Ich bin Deutscher, und ich möchte sagen, es gehört in diesem Fall zu den großen Glücksfällen meines Landes, den ersten Weltkrieg und damit auch die Kolonien verloren zu

haben, weil wir von diesem Problem, das andere Länder dann hatten, nicht mehr tangiert worden sind. Aber irgendwie gibt es noch emotionale Beziehungen zu diesem Land, das Namibia heißt, und deswegen auch eine gewisse Verantwortung meines Landes. Ich hoffe, daß wir auch in der Namibia-Frage einen Schritt weiterkommen. Sie wissen, daß der Sicherheitsrat in seiner Resolution 385 von den Vereinten Nationen überwachte und kontrollierte freie Wahlen unter Beteiligung des gesamten namibischen Volkes, den Abzug der südafrikanischen Verwaltung und Militäreinheiten, die Entlassung der politischen Gefangenen und die Abschaffung der Rassendiskriminierung fordert.

Im Sinne dieser Resolution 385 und nach mehreren Gesprächsrunden und Kontakten mit den sogenannten Frontstaaten und Nigeria haben die fünf westlichen Mitglieder des Sicherheitsrates, zu denen auch mein Land, die Bundesrepublik, gehört, einen Lösungsvorschlag erarbeitet, der am 10. April dieses Jahres als offizielles UN-Dokument verbreitet wurde. Für viele überraschend hat die südafrikanische Regierung am 25. April diesen Vorschlag akzeptiert. Es fehlt jetzt eigentlich nur noch die Zustimmung der Swapo — einer der Organisationen, die dort die Unabhängigkeit erreichen wollen — um zu einer Lösung zu kommen. Wir wissen, daß diese Zustimmung aussteht.

Wir wissen auch, daß in Namibia weiter Blut fließt. Wir haben ein Beispiel des Terrorismus dort erlebt, als der Chef des größten Stammes, des Herero-Stammes, meuchlings ermordet wurde. Wir wissen, daß in der Abwehr und in der Auseinandersetzung dort auch Repressionsmaßnahmen stattfinden, die nicht unseren Vorstellungen von Menschenrechten entsprechen.

Trotzdem gebe ich als Politiker die Hoffnung nicht auf, daß auch in der Namibia-Frage eine Lösung erreicht werden kann, die uns alle befriedigt, vielleicht und hoffentlich im Sinne jenes Entschlusses der fünf westlichen Mitglieder des Sicherheitsrates.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich noch ein anderes Kapitel besonders aufgreifen, das die Debatte heute so aktuell gemacht und dazu geführt hat, daß auch eine gewisse Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf diese Debatte gerichtet ist. Ich meine die Ereignisse, die in der jüngsten Vergangenheit in **Zaire** stattgefunden haben. Aber ich meine nicht nur die Ereignisse in Zaire, sondern alles das, was dadurch entstanden ist. Ich möchte es nicht so formulieren, wie es einer der Großen der afrikanischen Gegenwartsgeschichte, der Begründer des Begriffs der „Negritude" der Staatspräsident von Senegal, Leopold Senghor, getan hat, der es so ausgedrückt hat, daß in Afrika, in Angola, der dritte Weltkrieg begonnen hat. Ich hoffe, er hat hier unrecht, und wir alle müssen es hoffen.

Uns alle erregt die Tatsache, daß Afrika plötzlich zu einem Kampffeld von Einflußsphären geworden ist. Während man über Entspannung redet und im europäischen Raum diese Entspannung erreicht oder zumindest eine gewisse Beruhigung der Entwicklung herstellt, findet nun plötzlich abseits von Europa in Afrika, sozusagen auf einem für Europa fremden Kriegsschauplatz, eine Auseinandersetzung statt, die uns allen Sorge bereiten muß und die vor allem denen Sorge bereiten müßte, die an Entspannung interessiert sind. Denn diese Politik in Afrika kann das Grab für jegliche Entspannungspolitik auch in Europa werden. Ich möchte das in aller Klarheit und Deutlichkeit hier sagen.

Was ist passiert? **Kuba** ein Land, das mit der **Sowjetunion** verbündet ist und das eine marxistisch-leninistische Regierung und Verfassung hat, ist offensichtlich zu einer Art Festlandsdegen der Sowjetunion in Afrika geworden. Es gibt keinen Zweifel, daß in Afrika kubanische Soldaten in einer Größenordnung von mehr als 40 000 Mann eingesetzt sind. Ich habe hier eine sehr interessante Landkarte aus dem Zentralorgan des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der „Welt der Arbeit", wo sehr deutlich gemacht wird, wo kubanische und sowjetische Militärberater und Militärs in großer Anzahl tätig sind. Nach dieser Zusammenstellung sind allein in Angola 23 000 Kubaner und in Äthiopien 13 000 Kubaner im Einsatz, was natürlich zu einer erheblichen Verschiebung des Kräftegleichgewichts in Afrika geführt hat.

Wir wissen selbst, wie schwach die Streitkräfte in afrikanischen Staaten sind. Ich bedaure das nicht. Ich würde es gut finden, wenn es überall in Afrika schwache Streitkräfte gäbe, weil diese Entwicklungsländer ihr Sozialprodukt ja in erster Linie brauchen, um ihr Land aufzubauen, und nicht, um Waffen zu kaufen. Aber ich fürchte, daß unter anderem durch das kubanische Eingreifen eine Entwicklung in Gang gesetzt worden ist, in deren Verlauf ein immer größerer Prozentsatz des Sozialprodukts dieser afrikanischen Länder für Waffenkäufe, für Aufrüstung verwendet wird, was ja nicht im Sinne der Entwicklung der Völker ist.

Die Konflikte sind sehr unterschiedlich, und es ist sehr interessant, daß es hier oft Wechsel von Sympathien gegeben hat. Wir wissen, zuerst unterstützte die Sowjetunion Somalia, heute unterstützt sie Äthiopien. Oder denken wir an die Auseinandersetzung zwischen Eritrea und Äthiopien! Früher hat Fidel Castro einmal Eritrea unterstützt, jetzt unterstützt er Äthiopien. Fidel Castro hat erklärt: In Eritrea kämpft der Klassenfeind gegen die fortschrittliche Revolution in Äthiopien. Dem Kollegen Calamandrei, einem italienischen Kommunisten, halte ich z. B. zugute, daß die KPI hier eine etwas abweichende Position eingenommen hat und gesagt hat: In Eritrea sitzt nicht immer der Klassenfeind, sondern da sitzen auch unsere Freunde. Sie sehen, es ist hier durchaus ein Entwicklungsprozeß im Gange, der uns gewisse Hoffnungen auf die Zukunft gewähren kann.

Die ernsteste Auseinandersetzung hat sich aber vor wenigen Wochen — wieder einmal, muß ich sagen — in Zaire abgespielt. Die Provinz Katanga — heute heißt sie Shaba — ist natürlich besonders begehrenswert, weil es dort sehr viele und sehr wertvolle Rohstoffe gibt. In dieser Provinz von Zaire kam es innerhalb Jahresfrist zu einer zweiten In-

vasion über die Grenzen von Angola hinweg. Die Meinungen sind differenziert, wie stark die Unterstützung durch sowjetische, kubanische und vor allem auch ostdeutsche Militärberater war. Aber das Papier, das z. B. dem amerikanischen Kongreß vorlag, macht sehr deutlich, daß die Erkenntnisse, die darüber vorliegen, eindeutig sind.

Nach den Untersuchungen der verantwortlichen Stellen in den Vereinigten Staaten ist seit Sommer 1976 eine intensive Ausbildung und Beratung derjenigen, die später in Shaba einfielen durch sowjetische, kubanische und ostdeutsche Militärberater vorgenommen worden. Allein fünf Ausbildungslager in fünf angolanischen Städten Cazombo, Nova, Chaves, Chicapa, Saurimo und Camissombo konnten identifiziert werden. Es ist interessant, daß es auch einen Brief gibt. Der Führer der katangischen Rebellen, der General M'Bumbo hat in einem Brief an die Regierung von Sambia einen Einfall in Shaba angekündigt. Ich bin jetzt auf die Ankündigung des zweiten Einfalls eingegangen.

Der erste Einfall vor einem Jahr, meine sehr verehrten Kollegen, wurde damals mit Hilfe von marokkanischen Einheiten zurückgeschlagen. Beim zweiten Einfall in diesem Jahr war es etwas anderes. Zur Sicherheit für die dort lebenden Europäer, die in den Industrieeinrichtungen arbeiten, mußten ausländische, europäische Truppen aus Belgien und Frankreich eingesetzt werden. Sie sind inzwischen wieder abgezogen und sollen durch Einheiten aus afrikanischen Staaten ersetzt werden.

Meine Zeit läuft ab. Lassen Sie mich ganz kurz noch ein paar Sätze sagen. Dann möchte ich gleich schließen.

Ich bin der Meinung, daß dieser Einsatz nötig war, und es gibt viele afrikanische Staatsmänner, von Numeiri bis Senghor, die diesen Einsatz durchaus begrüßen. Ich möchte es so formulieren: Der Einsatz, der nötig war und der mit amerikanischer logistischer Unterstützung, und zwar mit dem Einfliegen auch afrikanischer Truppen, vorgenommen wurde, zeigt, wie Europa nicht interveniert. Denn als die Lage wieder ruhig war, als Leben und Freiheit der Menschen dort gesichert waren, wurden die Truppen wieder abgezogen. Ich bin überzeugt, wir würden alle bereit sein, amerikanische Flugzeuge auch zur Verfügung zu stellen, um die kubanischen Truppen wieder nach Kuba zurückzubringen, damit sie nicht weiter in Afrika intervenieren müssen. Wir würden sie gerne nach Kuba zurückbringen lassen, um in Afrika eine Situation des Friedens zu erhalten oder neu zu schaffen.

Lassen Sie mich zum Schluß folgendes sagen. Zu meinem Bericht habe ich einen Änderungsantrag vorgelegt, in dem ich die Beratungen zunächst der fünf Staaten, aber dann auch im Bereich des Gemeinsamen Marktes der Europäischen Gemeinschaft begrüße. Ich bin der Meinung, die Koordination gemeinsamer Afrikapolitik ist notwendig. Wir sollten all das unterstützen, was dazu beiträgt, daß die Afrikaner selbst durch den Einsatz eigener Verteidigungsstreitkräfte die Lage wieder stabilisieren.

Lassen Sie mich mit einem Grundsatz schließen, weil die Zeit abläuft. Wenn wir an Frieden und Entspannung in Europa interessiert sind, dürfen wir nicht zulassen, daß in Afrika ein Herd neuer Unruhe und kriegerischer Auseinandersetzung entsteht. Man muß das Buschfeuer austreten — das ist eine alte afrikanische Weisheit — in dem Moment, wo es entsteht. Später kann es nicht mehr gelöscht werden, sondern weitet sich zum Flächenbrand aus. Auf keinen Fall dürfen wir in Europa und in der Westeuropäischen Union eine Politik betreiben, die sich an ein Bild hält, das aus Indien kommt. Sie kennen die drei Affen: nichts Böses sehen, nichts Böses hören, nicht Böses sagen. Ruhe halten um der Ruhe willen, das dient uns nicht, wenn wir den Frieden in Europa erhalten wollen.

Pawelczyk (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich eine Vorbemerkung zu dem Vorwurf des Kollegen Boucheny machen. Er hat der Bundesrepublik vorgeworfen, sich am Raketenbau — ich nehme an, er meinte auch: an nuklearen Entwicklungen — außerhalb des eigenen Territoriums zu beteiligen. Ich bedaure es, daß dieser Vorwurf erneut erhoben wird. Die Bundesrepublik hat sich mehrfach klar geäußert. Die Bundesrepublik zeichnet sich, denke ich, als ein Staat aus, der sich äußerst minimal am Waffenexport beteiligt. Wir sind ein Staat, der seit 1954 auf den Eigenbesitz von Nuklearwaffen im eigenen Land und natürlich auch woanders ausdrücklich verzichtet.

Ich meine, daß jeder, der unsere Politik bisher verfolgt hat, weiß, daß wir engagierte Verfechter der Nichtverbreitungspolitik sind und überall dafür werben, daß die Staaten, die diesem Vertrag noch nicht beigetreten sind, ihm beitreten. Ich glaube, es wäre hilfreich, wenn diese von der Bundesregierung mehrfach abgegebenen Erklärungen auch respektiert und akzeptiert würden.

Nun zu dem Thema der heutigen Debatte: Ich meine, wir können uns bestätigen, daß wir gestern und heute eine überaus wichtige außenpolitische Debatte geführt haben bzw. führen und daß die Einzelthemen, die wir erörtert haben, alle in einem unauflöslichen Zusammenhang stehen und auch in diesem Zusammenhang diskutiert werden.

Es ist völlig richtig, daß **afrikanische Probleme** auch europäische Probleme sind. Ich gehöre zu denjenigen, die sich nicht darüber wundern, daß die Entwicklung in Afrika im Augenblick so abläuft wie sie abläuft. Ich denke, es kann sich niemand darüber wundern, der die afrikanische Geschichte kennt. Deswegen möchte ich gerne davor warnen, daß wir Momentaufnahmen zur Grundlage unserer außenpolitischen Bewertung machen. Wir müssen schon **mittelfristige** Zeitparameter anlegen. Überall, wo wir es getan haben — im Nahen Osten und im afrikanischen Raum —, haben wir bereits neue Erfahrungen gemacht. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß die Staaten, von denen wir Gefahren erwarten bzw. befürchten, ihre Anfangserfolge nicht aufrechterhalten konnten.

Wir haben auch gestern in der Debatte an einigen Stellen deutlich gemacht, daß es so ist und daß

die Bäume für keine Großmacht — auch nicht für die östliche — in den Himmel wachsen. Die Erfolge der Sowjetunion, die in der gestrigen und auch in der heutigen Debatte mehrfach herausgestrichen worden sind, kann ich nicht sehen. Deswegen kann ich auch in einigen Punkten nicht zu gleichen Folgerungen kommen.

Sehen wir uns z. B. die internationalen Konferenzen an, an denen sich Staaten der Dritten Welt beteiligen: Sie haben inzwischen zur kommunistischen Politik eine überaus differenzierte Haltung eingenommen. Das war am Anfang nicht so. Das ist ein Ergebnis westlicher Politik. Wir sollten stabil dabei bleiben, ihnen mit nichtmilitärischen Mitteln zu helfen. Ich verweise auf eine Rede von Herrn Vance vor zwei Tagen, in der er sagte — und ich finde: zu recht —: Wir konkurrieren mit den Ostblockstaaten, indem wir Hilfe zur Selbsthilfe anbieten. Ich glaube, das ist der richtige Weg, und wir haben Erfolge auf diesem Weg zu verzeichnen gehabt.

Auch die ideologische Einheit des Kommunismus, die gestern mehrfach an den Horizont gemalt wurde, ist nicht zu sehen. Besonders in der China-Debatte ist das deutlich geworden. Auch ich glaube — ich stimme darin einem Kollegen zu, der dieser Auffassung ist —, daß wir in der Außen- und Sicherheitspolitik zu China eine genügende Distanz halten müssen; denn in einer ganz entscheidenden Frage werden wir konzeptionell mit ihnen nicht übereinstimmen können.

Unser Ziel ist es, sowjetisches Militärpotential aus Mitteleuropa durch eine **Politik der Sicherheit und Entspannung** aus Mitteleuropa herauszubekommen. Die aus chinesischer Sicht berechtigte Politik ist es, das militärische Potential der Sowjetunion hier festzuhalten. Ich frage mich ständig: Wie kann man diese beiden Grundanliegen in einer Konzeption zusammenbringen? Das geht nicht. Das heißt, wir Europäer müssen hier unsere eigenen Prioritäten setzen.

Aber auch hier braucht die Entwicklung von uns nicht pessimistisch beurteilt zu werden. Das heißt, es ist richtig, wenn wir nicht auf Momentaufnahmen setzen, sondern unsere Konzeption mittelfristig aufbauen. Ich bedaure, daß sich in die Diskussion bei uns im Zusammenhang mit der Beurteilung unserer Fähigkeiten ein Pessimismus eingeschlichen hat, für den es nach meiner Meinung eine Berechtigung nicht gibt.

Wir alle haben uns am Ende der 60er Jahre darauf verständigt, mehr Sicherheit durch größere Stabilität im Ost-West-Verhältnis zu erreichen. Ich denke, wir sind auch alle darin einig, daß die Grundvoraussetzung für diese Stabilität die Parität der beiden Führungsmächte dieser Welt ist. Seit den 60er Jahren haben sich die Vereinigten Staaten auch angeschickt, sie zu akzeptieren.

Wenn das zutrifft, gibt es bestimmte Bewegungsmöglichkeiten für den Staat, der in diese **weltpolitische Parität** noch nicht hineingewachsen ist. Ich halte es nicht für logisch, die Schritte, die ein solcher Staat setzt, von vornherein negativ zu bewerten.

Ich bin der Meinung, daß man darüber diskutieren muß, ob es richtig ist, diese Grundentscheidung zu treffen. Aber sie ist getroffen worden. Daraus ergeben sich Konsequenzen. Ich begrüße diese Grundentscheidung, weil die Stabilität in Europa und in der Welt die Stabilität zwischen den beiden Großmächten zur Voraussetzung hat.

Wir müssen unser Augenmerk ständig auf die Frage richten, ob die Sowjetunion aus der Parität zur Überlegenheit gelangen will. Das ist das, was wir ständig kontrollieren müssen.

Ich kann aber weder die Kraft noch die Fähigkeit noch die Unterstützung durch die Staaten der Welt für so ein Engagement der Sowjetunion bisher erkennen — im Grunde genommen eigentlich immer weniger.

Was wir brauchen, ist das Gleichgewicht der Optionen. Was wir brauchen, ist die Unfähigkeit des einen, dem anderen durch eine eklatante militärische Überlegenheit die Optionen außenpolitischen Handelns aus der Hand nehmen zu können. Diese Überlegenheit gibt es auf keiner Seite.

Wir sollten auch nicht den Fehler begehen, die Frage der Sicherheit ausschließlich durch die Zahl der Soldaten und Panzer oder Flugzeuge zu bestimmen. Sicherheit und Parität hängen nicht nur vom militärischen, sondern auch vom sozialen und wirtschaftlichen Bereich sowie von der inneren Ordnung der Staaten ab.

Ich glaube, wir haben in außenpolitischen Debatten dafür zu wirken, daß die Definition ausgeweitet wird und Sicherheit in diesen Dimensionen verstanden wird.

Die Frage der Unterstützungsmöglichkeiten für Afrika ist auch eine Frage der Ressourcen. Wie sieht es in diesem Bereich aus? Wir sind dort in einer besonderen Lage. Der Westen wendet nur einen Bruchteil seines Bruttosozialprodukts im Vergleich zu den Warschauer-Pakt-Staaten für Verteidigungsmaßnahmen auf. Wir besitzen größere materielle Möglichkeiten zur Verstärkung unserer Sicherheit als der Warschauer Pakt.

Ich möchte noch auf einen letzten Punkt aufmerksam machen: Ich würde es für außenpolitisch falsch halten, die Politik der Entspannung, die davon lebt, daß man Konfliktfeld für Konfliktfeld bearbeitet und Problem für Problem löst, konzeptionell zu ändern. Ich bin dagegen, zum Beispiel die SALT-Politik und die Afrika-Politik durch ein Junktim aneinander zu binden. Jedes dieser Probleme muß in seinem Zusammenhang gesehen und gelöst werden.

Dr. Müller (CDU/CSU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die fortgeschrittene Zeit erlaubt es nicht, im Detail auf alles einzugehen, was in dieser Debatte gesagt wurde. Aber ich möchte für die Vielfalt der Beiträge, die wir in den letzten zwei Stunden hier erleben konnten, ausdrücklich danken. Ich darf hier einen Kollegen zitieren, mit dessen politischer Meinung ich sicher nicht übereinstimme. Der Kollege Antoni, ein italienischer Kommunist, sagte: Wir wollen hier offen

aussprechen, was wir an unterschiedlichen Meinungen haben. Ich glaube, das ist ein guter Beitrag für die politische Auseinandersetzung, die wir in diesem Raum führen. Es ist gut, wenn frei ausgesprochen wird, welche Position man einnimmt.

Man könnte im Detail die einzelnen Kollegen erwähnen. Ich möchte das nicht tun. Ich möchte nur ganz kurze Bemerkungen zu einigen Beiträgen machen.

Zunächst möchte ich dem Gast aus Portugal sehr herzlich für seine Bemerkungen danken. Ich glaube, Portugal hat große Erfahrungen in Afrika. Portugal kann hilfreich sein, das Verhältnis zwischen den afrikanischen Staaten und Europa in einem guten Zustand zu halten. Gerade auch auf Grund dieser großen Erfahrungen, die Portugal hat, möchte ich Herrn Roseta ausdrücklich danken, daß er auf die besondere Situation in Angola hingewiesen und unterstrichen hat, daß dort das Volk eine andere Regierung haben will und daß ihm die Intervention von außen her aufgedrückt wurde.

Es wäre sehr reizvoll, mit dem Kollegen Pawelczyk in eine große außenpolitische Debatte einzutreten. Er hat versucht, Entspannungspolitik über den Rahmen Afrikas hinaus zu erörtern. Er wird es mir nicht übel nehmen, wenn ich sage, daß ich eine andere Position vertrete als er. Ich bin nicht der Überzeugung, daß die Sowjetunion eine Macht ist, die erst noch um die Parität kämpfen muß. Ich habe die Bedenken, ob die andere Seite, in dem Fall die westliche Seite, noch in einem Status ist, wo sie die volle Parität mit dem Ostblock und der sowjetischen Seite hält.

In einem Punkt teile ich allerdings seine Auffassung. Ich gehöre nicht zu den Pessimisten. Ich bin der Meinung, daß die freiheitliche Welt, wenn sie sich ihrer Aufgabe bewußt ist — aber nur dann, wenn sie sich ihrer Aufgabe bewußt ist —, durchaus Veranlassung hat, optimistisch und nicht pessimistisch in die Zukunft zu schauen.

Natürlich, meine lieben Kollegen, hätte man den Bericht umfangreicher machen können. Man hätte einen Fortsetzungsband herausgeben können. Wir werden uns im Ausschuß für allgemeine Fragen weiterhin mit den afrikanischen Fragen beschäftigen. Denn es ändert sich ja ständig etwas auf diesem Kontinent, der früher einmal „dunkler Kontinent" genannt wurde, nicht wegen einer politischen Farbe oder wegen Rassendiskriminierung, sondern einfach deswegen, weil man nicht wußte, was auf diesem Kontinent vorging. Ich möchte fast sagen: Auch für uns hier in der WEU war Afrika lange Zeit ein etwas dunkler Kontinent, weil wir ihn etwas haben liegen lassen da unten im Süden unserer Weltkugel. Jetzt werden wir durch die Ereignisse gezwungen, uns mit ihm intensiver zu beschäftigen.

Ich muß eine Anmerkung zum Kollegen Boucheny machen. Sein Beitrag war der einzige, der einigermaßen aus dem Rahmen gefallen ist, nicht etwa, weil er die Bundesrepublik angegriffen hat wegen einer Privatfirma, die in Zaire Raketen ausprobiert, mit denen einmal Nachrichtensatelliten billig in eine Umlaufbahn gebracht werden sollen. Mich überrascht vielmehr, daß der Kollege Boucheny am 22. Februar 1978 eine schriftliche Anfrage an den Ministerrat gerichtet hat und darauf eine Antwort bekommen hat, die er offensichtlich gar nicht zur Kenntnis genommen hat, entweder weil er sie nicht zur Kenntnis nehmen konnte oder weil er sie nicht zur Kenntnis nehmen wollte. Herr Kollege Boucheny, es wäre außerordentlich reizvoll, über die Monopole in Afrika zu diskutieren. Die fortgeschrittene Zeit erlaubt es nicht. Es wäre auch eine zu große Aufwertung dieser Intervention.

Aber eine Bemerkung muß ich mir doch erlauben. Sie sprachen davon, daß ich die südafrikanischen Probleme vernachlässigt hätte. Sie sprachen davon, daß ich etwa den Gedenktag des Massakers von Soweto nicht erwähnt hätte. Ich habe überhaupt kein Massaker erwähnt, lieber Kollege Boucheny. Denn wenn ich alle auflisten wollte, die in Äquatorial-Guinea oder in Uganda oder woanders stattgefunden haben, dann hätte ich einen sehr langen Anhang zu diesem Bericht machen müssen. Ich habe überhaupt keinen Staat erwähnt, sondern nur allgemein festgestellt, daß Menschenrechte in Südafrika, aber auch anderswo verletzt werden. Ich will es bei dieser Feststellung belassen.

Wenn Sie den Bericht zur Hand nehmen, Herr Kollege Boucheny, werden Sie feststellen, daß von den Spalten, in denen im Detail von Afrika die Rede ist, elf Spalten sich mit dem Komplex Südafrika-Rhodesien-Namibia und fünf Spalten mit dem übrigen Afrika beschäftigen. Ich mache mir fast Vorwürfe, weil der Bericht etwas unausgewogen ist, weil ich das Südafrika-Problem vielleicht zu sehr in den Vordergrund gestellt habe. Ich wollte das nur zurechtrücken, damit das hier nicht einseitig im Protokoll bleibt.

Eine Bemerkung noch zu den Monopolen. Sie haben eine hervorragende Gelegenheit, die Monopole in Südafrika, die Sie erwähnt haben, zu bekämpfen. Sie wissen, daß die marxistische Republik Moçambique Hunderttausende von Gastarbeitern nach Südafrika schickt und sie dort arbeiten läßt. Ihre Entlohnung unterscheidet sich von der Entlohnung der anderen, die in Südafrika arbeiten, nur dadurch, daß ein großer Teil des Geldes, das diese Arbeiter aus Moçambique verdienen, nicht ihnen persönlich ausgezahlt wird, sondern direkt an die Regierung von Moçambique gezahlt wird. Machen Sie Ihren Einfluß geltend, Herr Kollege Boucheny, daß die proletarischen Kollegen aus Moçambique endlich den gleichen Lohn bekommen wir die anderen, die in den Werken in Südafrika arbeiten! Sie würden einen hilfreichen Zug Ihrer Klassensolidarität — um jetzt einmal mit Ihrem Begriff zu sprechen — hier in die Debatte einführen, wenn Sie auf Moçambique einwirkten, damit den Arbeitern dort derselbe Lohn zukommt, den auch die anderen schwarzen Arbeiter in Südafrika bekommen.

Herr Präsident, ich bedanke mich noch einmal und ich hoffe, daß wir alle erkannt haben, welch große Bedeutung das afrikanische Problem für uns hat.

Frau von Bothmer (SPD) (Vorsitzende des Politischen Ausschusses): Herr Präsident! Meine lieben Kollegen! die Debatte über Afrika hat weiß Gott gezeigt, daß wir im Grunde in Europa alle viel zu spät in eine ernsthafte Debatte über Afrika eingetreten sind. Jedes unserer Länder hat bisher besondere Interessen verfolgt, aber keine **Afrikapolitik** gemacht, ich möchte nicht sagen: dieses Land mehr, jenes Land weniger. Es hat wenig Sinn, daß wir uns hier gegenseitig Vorwürfe machen. Viel wichtiger ist es, daß wir versuchen, jetzt endlich gemeinsame Überlegungen anzustellen.

Das war es auch, was mich veranlaßt hatte, an den Ministerrat die Frage zu richten, ob bei dem Eingreifen von Frankreich und Belgien jüngst in Zaire eine **Konsultation der** übrigen **Länder der WEU** stattgefunden hat. Ich wollte nicht so sehr an der Sache selbst Kritik üben, sondern es erscheint mir außerordentlich wichtig, daß, bevor eine solche Aktion geschieht, wirklich Konsultationen stattfinden. Was soll sonst der Ministerrat nützen, der ja gemeinsam über europäische Angelegenheiten der Sicherheit und Verteidigung zu beschließen hat?

Wir sollten uns in Erinnerung rufen, daß gemeinsame Stützungsmaßnahmen in Afrika in jedem Fall eine äußerst diffizile Sache sind. Berechtigterweise können derartige Maßnahmen eigentlich nur in ganz enger Konsultation mit den Afrikanern, in diesem Fall mit der OAU, erwogen werden, sowenig vielleicht die OAU im ganzen augenblicklich bewirken mag. Wir betonen immer wieder die Achtung vor der Souveränität afrikanischer Entscheidungen und afrikanischer Staaten. Diesen Grundsatz sollten wir ganz streng anwenden.

Im Bericht ist natürlich längst nicht alles angesprochen — das war von vornherein klar —, was im Augenblick an aktuellen Fragen und brennenden Problemen in Afrika anliegt. Aber das Wichtige ist doch erwähnt worden. Mit Genehmigung des Präsidialausschusses werden wir die Gelegenheit nehmen, in der nächsten Versammlung wieder über Afrika zu sprechen.

Ich möchte nur noch eine Bemerkung zum südlichen Afrika machen. Das Problem der **Apartheid** wird immer bedrohlicher und ist immer mehr zu einem schwelenden Herd der Gefahr geworden. Dabei sollten wir einen Aspekt bedenken. In den letzten Jahren ist die Apartheid von der südafrikanischen Regierung immer rücksichtsloser ausgebaut worden. Das hat zur Folge, liebe Kollegen, daß die junge heranwachsende schwarze Generation zu weißen Menschen überhaupt keine persönlichen Beziehungen mehr hat. Sie dürfen sie gar nicht haben. Infolgedessen existieren weiße Menschen für sie nur als die Unterdrücker. Dies finde ich ein ganz gefährliches Moment in dem Zustand in Südafrika, der uns allen zu denken geben sollte.

Was Namibia angeht, so ist das, das die „Sunday Times" erwähnt hat, Herr Kollege Page, bestimmt richtig. Aber es ist ebenso richtig, daß der plötzliche Überfall südafrikanischer Truppen nach Angola hinein dort eine ungeheure Instabilität verursacht hat, die die Fünfer-Initiative, die wir alle begrüßen, wieder fraglich gemacht hat. Hoffen wir, daß die Initiative unserer fünf Staaten dennoch zu einer baldigen Lösung in Namibia führt!

Die Westeuropäische Union sollte sich bemühen, so weit wie möglich Partner Afrikas zu sein, die respektieren, daß Afrika aus selbständigen Staaten besteht und daß nicht wir es sind, die den Afrikanern sagen sollten, was sie zu tun haben.

Tagesordnungspunkt:

China und die europäische Sicherheit

(Abstimmung über den Empfehlungsentwurf)

Die Abg. Handlos und Page legen den Änderungsantrag Nr. 3 vor, am Schluß der nachfolgenden Empfehlung 315 einen Punkt 4 anzufügen: (Die Versammlung empfiehlt dem Rat) „im Einklang mit der bereits erklärten britischen und französischen Politik eventuelle Wünsche Chinas, Verteidigungsausrüstung zu kaufen, objektiv in Erwägung zu ziehen."

Handlos (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte den Antrag von Mr. Page und mir — Dokument 770 Amendment Nr. 3 — begründen. Das Dokument zum Thema „China und die europäische Sicherheit" hat offensichtlich das ausgesprochene Interesse der Sowjetunion hervorgerufen. Obwohl das Dokument — ich möchte daran erinnern: Sir Frederic Bennet sagte es ebenfalls — vertraulichen Charakter hatte, hatte die UdSSR es eher in der Hand als verschiedene westliche Regierungen. Es ist ein absolut einmaliger Vorgang, daß die UdSSR versucht hat, zumindest über Großbritannien, wie wir wissen, Druck auf die Westeuropäische Union auszuüben, um zu erreichen, daß dieses Dokument nicht vorgelegt wird.

Ich möchte zugleich daran erinnern, daß sowohl die britische Regierung als auch die französische Regierung — der zuständige Staatssekretär hat vorgestern hier gesprochen — erklärt haben, daß sie zu einer militärischen Zusammenarbeit mit China bereit sind. Ich wiederhole ausdrücklich: Beide Regierungen haben das erklärt.

Was steht denn konkret in unserem Antrag? Es steht nichts anderes darin, als daß objektiv geprüft werden soll, ob China Verteidigungswaffen — nicht Offensivwaffen — geliefert werden können. Ich weiß z. B. nicht, warum die Lieferung von Panzerabwehrwaffen — es war gestern davon die Rede — etwa Taiwan oder die UdSSR gefährden sollte. Ich erinnere an die vorzügliche Rede, die unser Kollege Faulds aus Großbritannien — er gehört der Labour Party an — gestern gehalten hat und in der er alle diese Dinge glasklar beim Namen genannt hat: keinerlei Entgegenkommen der Sowjetunion bisher in den Fragen der internationalen Abrüstung oder in anderen Bereichen. Gestern wurde allerdings nicht darüber debattiert, daß wir innerhalb kürzester Zeit auch in anderer Hinsicht unter einem Druck seitens der Sowjetunion stehen. Ich erinnere an die Diskussion um die Neutronenwaffe und daran, wie massiv

die Sowjetunion hier versucht hat, eine Entscheidung der westlichen Parlamente und der westlichen Regierungen zu verhindern. Wir alle wissen, wie das Ganze endete: Die Neutronenwaffe wurde von der UdSSR noch nicht einmal als Verhandlungsobjekt am Verhandlungstisch akzeptiert.

Meine Damen und Herren, ich hoffe daher, daß wir hier nicht ein zweites Mal vor dem Druck der Sowjetunion zurückweichen. Ich hoffe, daß Sie mit mir der Meinung sind, daß eine objektive Prüfung der **Lieferung von Verteidigungswaffen an China** durchaus angebracht ist.

Frau von Bothmer (SPD): Herr Präsident! Im Ausschuß war die überwiegende Meinung die, daß wir nicht über Waffenlieferungen sprechen sollten und daß wir einen solchen Antrag nicht unterstützen würden.

(Der Änderungsantrag der Abg. Handlos und Page wird abgelehnt.)

Empfehlung 315

betr. China und die Europäische Sicherheit

Die Versammlung

vermerkt die anhaltende Entschlossenheit Chinas, seine eigene Sicherheit zu garantieren und die Respektierung seiner völligen nationalen Unabhängigkeit und seiner Grenzen sicherzustellen;

ist der Auffassung, daß der totale Widerstand gegen jegliche Aggression von außen ein fundamentales Element in der politischen Denkweise Chinas wie auch Westeuropas ist;

begrüßt und erwidert die anhaltenden Bemühungen der chinesischen Regierung um die Entwicklung guter Beziehungen zu Europa;

ist der Auffassung, daß China nunmehr einen bedeutenden Faktor für die Erhaltung des Friedens und der Sicherheit in der Welt darstellt;

empfiehlt dem Rat

1. sorgfältig zu prüfen, welche Rolle China im Hinblick auf die europäische und weltweite Sicherheit spielen kann, und sich gründlich mit den Ansichten, die die chinesische Regierung über Fragen hinsichtlich der Bedrohungen des internationalen Friedens geäußert hat, auseinanderzusetzen;
2. die Mitgliedsregierungen zu ermutigen, sowohl ihre bilateralen Handelsbeziehungen zu China zu entwickeln als auch weiterhin ihr Verhalten, vor allem im Rahmen der EWG, abzustimmen, um den Handel zwischen Europa und China auszuweiten;
3. Chinas Wunsch nach mehr industrieller Technologie wohlwollend in Erwägung zu ziehen.

Tagesordnungspunkt:

Zusammenarbeit und Wettbewerb zwischen den Vereinigten Staaten und Europa auf dem Gebiet der fortgeschrittenen Technologie

(Drucksache 773, Teile I—IV)

Berichterstatter: Abg. Konings, Treu, Dr. Phipps, Jessel

Anwendungssatelliten

(Drucksache 766)

Berichterstatter: Abg. Ueberhorst

Ueberhorst (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach der Tagesordnung behandeln wir jetzt den Bericht über **Anwendungssatelliten.** Ich darf jetzt zum erstenmal zu einem Bericht sprechen, den ich selber leider nicht habe anfertigen können. Herr Kollege Scheffler befindet sich zur Zeit auf einer Reise für den Deutschen Bundestag in Lateinamerika. Er hat mich gebeten, seinen Bericht hier stellvertretend vorzutragen. In seinem Namen darf ich auch dem Sekretariat für die Arbeit an diesem Bericht und den früheren Berichterstattern, die zu dem Thema vorgearbeitet haben, danken.

Der Bericht zu den Anwendungssatelliten enthält eine Bestandsaufnahme der Aufgaben und der Leistungen, die die Europäer im Bereich der Anwendungssatelliten bisher vollbracht haben. Er stellt an den Anfang die erfreuliche Übereinstimmung zwischen Ministerrat und Versammlung der Westeuropäischen Union, daß Europa eine umfassende Luftfahrt-, Raumfahrt- und Energiepolitik entwickeln und anwenden müsse und daß die Kapazität und das technische Niveau der europäischen Industrie aufrechterhalten werden sollten.

Bei dieser Bestandsaufnahme liegt es in der Natur der Sache, daß, wenn die Dinge sich so weiterentwickeln, wie sie in dem Bericht beschrieben werden, manchmal Entwicklungen eingetreten sein können, die der Bericht noch fordern wollte. So ist es dazu gekommen, daß der Bericht dem Ministerrat empfehlen will, über die Herstellung einer ersten Serie von fünf **Ariane-Trägerraketen** zu entscheiden. Dies ist im Februar geschrieben worden. Heute können wir erfreulicherweise feststellen, daß der Ministerrat auf seiner Sitzung am 1. März dieser von uns beabsichtigten Empfehlung bereits Rechnung getragen hat und glücklicherweise die Produktion dieser Ariane-Raketen beschlossen hat, so daß auch die vorgesehenen Einsatzstarts Ende 1980/81 eingehalten werden können.

Vielleicht ist dieser Hinweis auf die Beschlußempfehlung zur Ariane-Trägerrakete für die Anlage dieses Berichts beispielhaft. Der Bericht geht, wie gesagt, aus von gemeinsamen Zielsetzungen der Versammlung und des Ministerrats und will versuchen, die retardierenden Kräfte zu überwinden, damit also einen echt parlamentarischen Beitrag zu

dem Thema zu leisten. Er zeigt in vielen Bereichen die Nützlichkeit der Anwendungssatelliten auf. Er verweist auf die europäischen Erfolge, die wir gehabt haben. Er spricht aber auch Gefahren in diesem Bereich an, und er betont die Notwendigkeit, zu handeln.

Bitte gestatten Sie mir, Herr Präsident, meine Damen und Herren, daß ich dies etwas vertiefe. Erfolge und die Notwendigkeit des verstärkten Ausbaus der Nachrichtensatelliten lassen sich zeigen, wenn wir nach dem mißglückten Start des ersten OTS jetzt am 11. Mai 1978 den erfolgreichen Start des zweiten OTS verzeichnen können und damit einen entscheidenden Schritt in der Richtung auf ein europäisches Nachrichtensatellitenprogramm erreicht haben. Wir müssen sehen, daß der europäische Fernmeldeverkehr nach Schätzungen der Experten einen jährlichen Zuwachs von etwa 20 % aufweist und daß wir nach einer INTELSAT-Hochrechnung einen Bedarf an Übertragungskapazitäten im Nachrichtensektor haben, der jährlich um etwa 10 % steigt. Hier eröffnen sich für ein europäisches Nachrichtensatellitensystem neue Perspektiven, die genutzt werden sollen.

In diesem Zusammenhang ist auch die erste Empfehlung verständlich, daß wir uns dafür aussprechen, der ESA einen Dreijahresplafond für die obligatorischen Aufgaben zu geben, damit die finanziellen Dispositionen für längerfristige Projekte etwas klarer im voraus getätigt werden können und eine gewisse Unsicherheit weggenommen wird.

Der Bericht empfiehlt unter II e, die Fortsetzung und Erweiterung der europäischen Aktivitäten im Bereich der Erdbeobachtung einschließlich der Meteorologie und der Luftbildaufklärung durch Satelliten sicherzustellen. Auch hier wieder lassen sich die ersten angehenden europäischen Erfolge beschreiben. Wir hatten den ersten Wettersatelliten im Jahre 1977 noch mit einer US-Trägerrakete auf die Bahn gebracht. Wir wollen den zweiten Wettersatelliten mit einer Ariane-Trägerrakete im Mai 1980 auf die Bahn bringen.

Der Bericht unterstreicht in diesem Zusammenhang die jetzt gegebene Notwendigkeit, ein langfristig angelegtes europäisches Wettersatellitenprogramm zu entwickeln.

Analog für Luftaufklärungsprogramme, wo wir mit dem Earthnet ebenfalls gute Anfänge haben, wollen wir diese Möglichkeiten nutzen. Für Explorationen von Öl- und Gasvorkommen, aber auch zur Hilfe für Schiffahrt und Fischerei wollen wir ein kohärentes Luftaufklärungsprogramm europäischen Ursprungs entwickelt sehen.

Ich sagte bereits, daß der Bericht auch auf Gefahren eingeht, die mit der Nutzung von Satelliten verbunden sind. In diesen Monaten muß wohl einer, der — wie es im Bericht heißt —, spektakulärsten Unfälle des Weltraumzeitalters erwähnt werden, nämlich der Absturz des sowjetischen Kosmos-Satelliten, der am 24. Januar dieses Jahres heruntergekommen ist und der die Gefahr heraufbeschwor, radioaktives Material auf die Erde zu bringen. Der Bericht stellt fest, daß sich nicht nur die Regierungen, sondern auch die Parlamente mit dieser Problematik befassen sollten, und verweist darauf, daß im Ausschuß der Vereinten Nationen zur friedlichen Verwendung des äußeren Weltraums jetzt ein Unterausschuß gebildet worden ist, der sich mit diesen Fragen befassen soll. Er sollte sich nach Meinung des Berichterstatters auch die Frage stellen, ob weiterhin die Gefahren akzeptiert werden können, die dieser Vorfall mit dem sowjetischen Kosmos-Satelliten enthüllt hat. Hier besteht also ein internationaler Regelungsbedarf, den wir ausfüllen müssen und mit dem wir uns auch in unseren Parlamenten und hier in der parlamentarischen Versammlung befassen wollen.

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Scheffler hat in der letzten Sitzung unseres Ausschusses für wissenschaftliche, technologische und Weltraumfragen den Auftrag bekommen, zu diesem Thema einen zweiten Bericht vorzulegen. Die Vorlage dieses zweiten Berichts wird uns erneut die Gelegenheit geben, die Problematik hier zu diskutieren.

Heute darf ich Sie im Namen von Herrn Kollegen Scheffler um Annahme der Empfehlungen bitten.

Empfehlung 317

betr. Anwendungssatelliten

Die Versammlung

begrüßt die Erklärung des Rates, daß Europa eine umfassende Luftfahrt-, Raumfahrt- und Energiepolitik entwickeln und anwenden muß, und daß die Kapazität und das technische Niveau der europäischen Industrie aufrechterhalten werden sollten;

stellt fest, daß die ESA-Konvention zwar am 30. Mai 1975 unterzeichnet worden ist, daß aber von den 10 ursprünglichen Mitgliedern der früheren ESRO nur die Bundesrepublik Deutschland, Dänemark, Italien, Schweden und die Schweiz diese Konvention ratifiziert haben;

bedauert, daß die Regierungen mehrerer Mitgliedsländer weder bereit sind, ein erweitertes, umfassendes Nachrichtensatelliten-Programm noch das Programm der Ariane-Trägerrakete zu beschließen und zu finanzieren;

ist sich bewußt, daß die europäische Luft- und Raumfahrtindustrie die Möglichkeit erhalten muß, für die europäischen Länder, die internationalen Organisationen und die nationalen und regionalen Systeme der Länder der Dritten Welt ein ausreichendes Kontingent an Satellitensystemen zu liefern;

vermerkt das Fehlen eines langfristigen europäischen Wettersatelliten-Programms und eines Programms zur Erkundung von Bodenschätzen, abgesehen vom Earthnet-Programm der ESA;

stellt fest, daß einige Mitgliedsländer zwar ihre Streitkräfte durch militärische Anwendungssatelliten unterstützen oder die Notwendigkeit einer solchen Maßnahme erkennen, daß aber trotz der Tatsache, daß viele europäische Satelliten in technischer Hinsicht genau so gut wie die amerikani-

schen Satelliten sind, keine Pläne für ein eigenes europäisches Programm bestehen, um die völlige Abhängigkeit Europas von amerikanischen Satelliten zu beenden;

ist ferner der Auffassung, daß die europäische Luft- und Raumfahrtindustrie einen gerechten Anteil an den Aufträgen für militärische Anwendungssatelliten von NATO-Ländern und dem Bündnis als ganzem erhalten sollte;

empfiehlt dem Rat:

I. Die Regierungen Belgiens, Frankreichs, der Niederlande und des Vereinigten Königreichs dringend aufzufordern, die Ratifizierung der ESA-Konvention zu beschleunigen und der spanischen Regierung eine gleichlautende Aufforderung zu übermitteln;

II. die Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Raumfahrorganisation aufzufordern, entsprechende Maßnahmen zu treffen, um eine wesentliche Beteiligung Europas an der Nutzung des Weltraums sicherzustellen und insbesondere:

a) einen Dreijahresplafond für die obligatorischen Ausgaben zu beschließen;
b) ein erweitertes, umfassendes Nachrichtensatelliten-Programm zu beschließen und zu finanzieren;
c) über die Herstellung einer ersten Serie von fünf Ariane-Trägerraketen zu entscheiden;
d) dafür Sorge zu tragen, daß Europa an der künftigen Entwicklung des amerikanischen Raumtransportsystems beteiligt wird, wie es in der gegenwärtigen Entwicklungsstufe an der Finanzierung des Raumlabors beteiligt ist;
e) die Fortsetzung und Erweiterung der europäischen Aktivitäten im Bereich der Erdbeobachtung, einschließlich der Meteorologie und der Luftbildaufklärung durch Satelliten sicherzustellen;
f) die Europäisierung des französischen Projekts Spot (Satellite probatoire d'observation de la terre) zu fördern;
g) der europäischen Industrie einen gerechten Anteil an den NATO-Aufträgen für militärische Anwendungssatelliten anzubieten, um das europäische Industriepotential im Bereich der Luft- und Raumfahrt weiter zu stärken und somit angesichts einer bald zu erwartenden Erschließung von Weltmärkten Europas Stellung auf dem Gebiet der Anwendungssatelliten, die für die Beschäftigungslage in dieser Industrie von wesentlicher Bedeutung ist, zu fördern.

Tagesordnungspunkt:

Europäische Sicherheit und Probleme in Afrika

(Abstimmung über den Empfehlungsentwurf)

Abg. Antoni stellt den Änderungsantrag, in der nachstehenden Empfehlung 318 den Punkt 10 zu streichen.

Dr. Müller (CDU/CSU): Der Rapporteur ist der Meinung, daß es bei dem ursprünglichen Text belassen bleiben sollte, daß dieses Amendment also zurückgewiesen werden sollte.

Reddemann (CDU/CSU): Herr Präsident! Ich möchte mich der Meinung des Berichterstatters anschließen und ebenfalls dafür plädieren, den Vorschlag unserer italienischen kommunistischen Kollegen abzulehnen. Ich glaube, jedermann kennt die Rolle der **kubanischen Invasionsarmee in Afrika** und weiß, daß man dort versucht, einen Neokolonialismus herbeizuführen, wie wir ihn eigentlich längst überwunden glaubten. Es wäre für diese Versammlung schlecht, wenn sie eine derartige Änderung im Bericht vornähme, daß man eine Aggression nicht mehr eine Aggression nennt. Aus diesem Grunde befürworte ich den ursprünglichen Text.

(Der Änderungsantrag des Abg. Antoni wird abgelehnt.)

Empfehlung 318

betr. Europäische Sicherheit und Probleme in Afrika

Die Versammlung

ist der Auffassung, daß die Zusammenarbeit zwischen Westeuropa und den afrikanischen Ländern für die Sicherheit Europas und die erforderliche wirtschaftliche Entwicklung Afrikas wesentlich ist;

begrüßt die ständig bekundete Entschlossenheit der afrikanischen Staaten, die zwischen ihnen bestehenden Probleme ohne Interventionen von Mächten außerhalb des afrikanischen Kontinents zu lösen;

vermerkt jedoch, daß die Unruhe auf dem afrikanischen Kontinent oft eine Gelegenheit oder einen Vorwand für ausländische Interventionen geliefert hat;

ist der Auffassung, daß die Achtung der Souveränität afrikanischer Staaten ein grundlegendes Ziel jeder europäischen Politik bleibt;

bedauert, daß der politische Rahmen, der noch aus der Kolonialzeit stammt, mit den ethnischen, sprachlichen und religiösen Gegebenheiten nicht übereinstimmt;

ist der Auffassung, daß Europa einen umfassenden Beitrag zur wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung Afrikas leisten sollte;

verurteilt das Verstoßen einiger afrikanischer Regierungen gegen die Menschenrechte und Grundfreiheiten;

verurteilt die von Südafrika verfolgte Apartheidpolitik, die den Grundsätzen der Demokratie und den Menschenrechten widerspricht, auf die sich die westliche Zivilisation stützt;

begrüßt das Bemühen einiger afrikanischer Staaten, eine Streitmacht zu bilden, um den Frieden auf

dem afrikanischen Kontinent zu erhalten und ihn gegen jegliche Einmischung von außen zu verteidigen;

ermutigt die Mitgliedsländer, die von fünf westlichen Staaten am 5. Juni 1978 in Paris und den Mitgliedern der Europäischen Gemeinschaft am 12. Juni in Kopenhagen unternommenen Bemühungen um eine Konzertierung ihrer Afrikapolitik fortzusetzen;

empfiehlt dem Rat,

1. sicherzustellen, daß seine Mitglieder in dem am besten dafür geeigneten Rahmen ständig Konsultationen durchführen, um ihre Afrikapolitik zu koordinieren;
2. die Bemühungen seiner Mitglieder, mitzuhelfen, bei der Herstellung von Frieden und Sicherheit im südlichen Afrika, zu koordinieren, um dadurch einen gerechten und demokratischen Übergang zu einer Mehrheitsregierung in Rhodesien zu schaffen, die Südafrikanische Republik zu veranlassen, die Apartheid zu beenden und die Unabhängigkeit Namibias zu unterstützen;
3. Schritte einzuleiten, um den derzeitigen Umfang ausländischer Waffenverkäufe an Afrika zu verringern;
4. Maßnahmen zu untersuchen, um eine strikte Begrenzung solcher Verkäufe und die Durchführung des über die Südafrikanische Republik verhängten Waffenembargos zu erzielen;
5. auf andere Waffenlieferanten einzuwirken, um sie für eine Beteiligung an diesem Vorgehen zu gewinnen;
6. die Investitions- und Technologietransferpolitiken in Südafrika und Rhodesien zu überprüfen, die das Embargo über die Lieferung militärischer Ausrüstung unwirksam machen könnten, da sie das Industriepotential dieser Länder stärken;
7. die wirtschaftliche Hilfe, die europäische Länder den afrikanischen Staaten gewähren, von der Förderung der Menschenrechte in diesen Ländern abhängig zu machen;
8. durch Zusammenarbeit mit afrikanischen Staaten deren wirtschaftliche und soziale Entwicklung sowie deren demokratische Entwicklung unter gebührlicher Beachtung der Menschenrechte zu unterstützen;
9. die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen Europa und Afrika im Rahmen des Abkommens von Lomé zu fördern;
10. die wiederholten militärischen Operationen über die Grenzen Zaires, Südafrikas und Rhodesiens zu verurteilen;
11. jede aggressive militärische Intervention in Afrika, vor allem die derzeitigen kubanischen Operationen, die durch sowjetische Hilfe unterstützt werden, zu verurteilen;
12. die Anwendung des von der EWG angenommenen Verhaltenskodexes durch die in Afrika tätigen europäischen Firmen zu fördern;
13. sicherzustellen, daß durch die Akte der Sowjetunion oder ihrer Verbündeten, vor allem Kubas, auf dem afrikanischen Kontinent keine militärischen oder strategischen Einflußzonen entstehen, da sich aus diesen Situationen heraus für Europa und den Mittelmeerraum die Gefahr der Umzingelung ergeben würde;
14. sich für die Maßnahmen mehrerer afrikanischer Staaten, mit vereinten Kräften den Frieden in Afrika zu erhalten und den afrikanischen Kontinent gegen jegliche Einmischung von außen zu verteidigen, einzusetzen und sie auf Wunsch wirksam zu unterstützen.

Tagesordnungspunkt:

23. Jahresbericht des Rates der WEU

(Fortsetzung der Aussprache und Abstimmung)

Empfehlung 320

betr. die Anwendung des Brüsseler Vertrags — Antwort auf den 23. Jahresbericht des Rates

Die Versammlung

erinnert an das Verfahren, nach dem die NATO in geeigneten Fällen Unterlagen für Antworten auf Empfehlungen zur Verfügung stellen kann;

vermerkt, daß der Jahresbericht des Rates immer noch keine Angaben über die Stärke der auf dem europäischen Festland stationierten britischen Landstreitkräfte, die SACEUR zugeteilt sind, macht, obwohl die Grunddaten im britischen Weißbuch über die Verteidigung angegeben sind;

vermerkt, daß die Rüstungskontrollbestimmungen des Brüsseler Vertrags nicht vollständig angewandt werden;

setzt sich dafür ein, die Sachkenntnis des Rüstungskontrollamts und des Sekretariats des Ständigen Rüstungsausschusses zu erhalten und bestmöglichst zu nutzen;

empfiehlt dem Rat

1. in künftigen Jahresberichten gemäß der in Art. VI des Protokolls Nr. II zum geänderten Brüsseler Vertrag enthaltenen Verpflichtung, die Anzahl der auf dem europäischen Festland stationierten britischen Landstreitkräfte, die SACEUR zur Verfügung gestellt sind, anzugeben;
2. ein europäisches Zentrum für Verteidigungsstudien einzurichten, das den zwischenstaatlichen Verteidigungsgremien und der Versammlung zur Verfügung steht, und von den Möglichkeiten des Rüstungskontrollamtes der WEU und ihres Ständigen Rüstungsausschusses Gebrauch macht;

3. die Aufführung von Marinehilfsschiffen aus der Liste der konventionellen Waffen zu streichen, die nicht auf deutschem Gebiet hergestellt werden dürfen.

Tagesordnungspunkt:

Beziehungen zu den Parlamenten
(Drucksache 775)

Berichterstatter: Abg. Reid

Donnerstag, 22. Juni 1978

Tagesordnungspunkt:

Abrüstung
(Drucksache 778)

Berichterstatter: Abg. Roper

Schlußrede des Präsidenten der Versammlung, Kai-Uwe von Hassel

(Übersetzung aus dem Englischen)

Bevor ich die Sitzung schließe, lassen Sie mich einige Bemerkungen machen, mit denen ich der Versammlung meine Gedanken über unsere Arbeit zum Ausdruck bringen möchte. Ich glaube, daß dies eine gute Sitzung war, sowohl aufgrund der Anwesenheit von Ministern als auch wegen des qualifizierten Interesses an den erörterten Berichten.

Dies ist auch sehr deutlich zum Ausdruck gekommen durch die Presseberichte über die Aussprachen in der Versammlung sowie durch die vielen Vertreter aller politischen Schattierungen aus allen nationalen Delegationen, die in den Debatten das Wort ergriffen haben.

Die Mitglieder der Versammlung zeigten eine bemerkenswerte Ausdauer, trotz der sich hinziehenden Aussprachen. An diesem Morgen läßt die Anwesenheit zwar zu wünschen übrig, aber wir wissen sehr gut, daß viele Mitglieder dringende politische Verpflichtungen in ihren eigenen Ländern haben.

Ich hoffe, daß der Ministerrat die Empfehlung der Versammlung ohne allzu große Verzögerung behandelt und damit zeigt, daß zwischen der Exekutive und der Versammlung der Westeuropäischen Union ein echter Dialog besteht.

Dies war eine sehr aktive Sitzung, die sowohl für unsere Kollegen als auch für das Personal anstrengend war, dem ich hiermit für seine Aufopferung und seinen großen Einsatz danken möchte. Meines Erachtens sollte man sich vielleicht überlegen, ob die Tagung der Versammlung nicht um einen Tag verlängert werden sollte, um eine derartige Belastung des Personals zu vermeiden.

Ich erkläre den ersten Teil der 24. Ordentlichen Sitzungsperiode für geschlossen.

